



Aufbruch jetzt! Niederbayern

Ein Projekt
der niederbayerischen Landkreise
und kreisfreien Städte

Kurzfassung

des Abschlussberichts
mit demographischen Analysen und
Handlungsvorschlägen
(Prof. Dr. H. Birg, H. Amsbeck, R. Loos)

und Ergebnissen der in der Region
gebildeten Arbeitskreise

Deggendorf, im Juli 2011

Gliederung der demographischen Studie im Rahmen des Projekts „Aufbruch jetzt“ für Niederbayern

1.	Einführung	6
1.1	Den aufbrechenden Niederbayern zum Geleit	6
1.2	Die Bedeutung der regionalen Dimension des Demographischen Wandels	8
2.	Bestandsaufnahme der bisherigen demographischen und ökonomischen Entwicklung in den kreisfreien Städten und Landkreisen Niederbayerns.....	11
2.1	Entwicklung der Einwohnerzahl und der Altersstruktur in den Jahren 2005 bis 2009	11
2.2	Fertilität.....	13
2.3	Lebenserwartung	19
2.4	Wanderungen	20
2.5	Bildungsabschlüsse	23
2.6	Erwerbstätige.....	23
2.7	Berufspendler	26
2.8	Frauenerwerbsquote	28
2.9	Elternjahrgänge	29
2.10	Betreuung der Kinder im Alter von unter drei Jahren.....	30
2.11	Bevölkerungsvorausberechnungen	31
3.	Bestandsaufnahme für Niederbayerns Nachbarregionen	33
4.	Handlungsstrategien zur Wiedererlangung einer bestandserhaltenden Geburtenrate.....	36
5.	Entwurf von Handlungskonzeptionen für Kommunen, nichtstaatliche Akteure und Unternehmen	40

6.	Zentrale Vorschläge und Ergebnisse („Leuchttürme“) der Arbeitskreise für die Region	44
6.1	Ziele und Ablauf der Arbeitskreise	44
6.2	AK Bildung und Wissenschaft.....	45
6.2.1	Bildung:	45
6.2.2	Wissenschaft:.....	46
6.3	AK Wirtschaft, Technik, Infrastruktur	49
6.3.1	Sicherung des Fachkräftebedarfs	50
6.3.2	Regionalförderung.....	50
6.3.3	Projekte aus der Region.....	51
6.3.4	Infrastruktur	52
6.4	AK Gesundheit	53
6.5	AK Tourismus / Natur / Sport.....	55
6.5.1	Tourismus in Niederbayern	55
6.5.2	Naturschutz.....	58
6.5.3	Sport in Niederbayern	60
6.6	AK Jugend, Senioren und Familie	62
6.7	AK Landwirtschaft, Umwelt und Energie	64
6.8	AK Kommunalfinanzen	66
6.9	AK Regionale Identität und Kultur.....	67
7.	Ausblick	69
8.	Liste der Mitwirkenden	70

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Relative Entwicklung der Einwohnerzahl in den 12 Kreisen des RB Niederbayern von 2005 bis 2009, Teil A.....	11
Abbildung 2	Relative Entwicklung der Einwohnerzahl in den 12 Kreisen des RB Niederbayern von 2005 bis 2009, Teil B.....	12
Abbildung 3	Medianalter in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern in den Jahren 2005 bis 2009.....	13
Abbildung 4	Altersspezifische Geburtenhäufigkeiten im Regierungsbezirk Niederbayern in den Jahren 2005, 2007 und 2009.....	14
Abbildung 5	Durchschnittliches Geburtsalter im Regierungsbezirk Niederbayern.....	14
Abbildung 6	Entwicklung des durchschnittlichen Geburtsalters in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern von 2005 bis 2009.....	15
Abbildung 7	Durchschnittliche Geburtenhäufigkeit in den niederbayerischen Kreisen, 2005 bis 2009.....	16
Abbildung 8	Fertilitätsraten (TFR) in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2009.....	17
Abbildung 9	Geburten- und Sterbefallsalden in den Kreisen im Regierungsbezirk Niederbayern im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2009.....	18
Abbildung 10	Geburten- und Sterbefallsalden in Niederbayern im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2009.....	18
Abbildung 11	Wanderungssalden in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2009.....	20
Abbildung 12	Entwicklung der Zu- und Fortzüge im Regierungsbezirk Niederbayern von 2005 bis 2009.....	21
Abbildung 13	Bevölkerungsveränderungen im Regierungsbezirk Niederbayern von 2005 bis 2009.....	21
Abbildung 14	Wanderungssalden für den Regierungsbezirk Niederbayern, Durchschnitt je Jahr, 2005-2009, nach Alter, Männer und Frauen.....	22
Abbildung 15	Entwicklung der Anteile der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung im Regierungsbezirk Niederbayern in den Jahren 2005 bis 2009.....	25
Abbildung 16	Voraussichtliche Entwicklung der Altersgruppen der Auszubildenden und der Erwerbstätigen in Niederbayern, 2009, 2020 und 2030.....	26
Abbildung 17	Pendler in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern im Jahr 2010.....	27
Abbildung 18	Pendlersaldo in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern im Jahr 2010.....	27
Abbildung 19	Frauenerwerbsquoten in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern in den Jahren 2003-2009.....	28
Abbildung 20:	Vorausgerechnete relative Bevölkerungsentwicklung für die Kreise im Regierungsbezirk Niederbayern, 2006 – 2025, in %.....	31
Abbildung 21	Durchschnittliche Geburtenhäufigkeit in den bayerischen Regierungsbezirken, 2005 - 2009.....	34
Abbildung 22	Durchschnittliches Geburtsalter 2009 in den bayerischen Regierungsbezirken und in Deutschland.....	35

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Lebenserwartung der Frauen in Jahren in den Kreisen und kreisfreien Städten des Regierungsbezirks Niederbayern.....	19
Tabelle 2:	Lebenserwartung der Männer in Jahren in den Kreisen und kreisfreien Städten des Regierungsbezirks Niederbayern.....	19
Tabelle 3:	Absolute Zahlen der potentiell Erwerbstätigen in Niederbayern nach Altersgruppen, 2005 bis 2009.....	25
Tabelle 4:	Betreuung der Kinder im Alter von unter drei Jahren in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern	30

1. Einführung

1.1 Den aufbrechenden Niederbayern zum Geleit

Der Demographische Wandel wird Deutschland, wird Europa in den nächsten 20 Jahren stark beeinflussen und verändern. Was wird eine alternde Gesellschaft prägen, wie muss sie mit den Veränderungen umgehen, wie müssen Junge und Alte reagieren? Welche Konzepte in der Region und welche in der bayerischen Politik sind erforderlich, um diesen Herausforderungen gewachsen zu sein? Demografiefaktor, Abwanderung, Zuwanderung, Energiewende, (De-)Industrialisierung, all das sind Schlagworte, mit denen man sich in dieser Diskussion auseinandersetzen muss und wo sich Niederbayern auch darüber klar werden muss, wohin die Regionalentwicklung gehen soll.

Niederbayern kann mit guten Voraussetzungen an diese Herausforderungen herangehen und zusammen mit der Politik in Europa, dem Bund und dem Land die notwendigen Impulse setzen, um die Aufgaben zukunftsweisend zu lösen.

Denn Niederbayern ist eine sich auf hohem Niveau dynamisch entwickelnde Region. Eine gesunde Mischung an Branchen und Betriebsgrößen gibt Niederbayern endogene Kräfte und leistungsfähige Potentiale für Partner in den Verdichtungsräumen. So leisten wir unseren unverzichtbaren Beitrag für die komplexen und erfolgreichen Wertschöpfungsketten in Bayern. Durch die einmalige Lage in unmittelbarer Nachbarschaft zu Österreich und Tschechien erfüllt Niederbayern eine wertvolle Brückenfunktion für ganz Bayern. Denn Niederbayern ist eingebunden in die grenzüberschreitenden Netzwerke. Die Exportpalette der Waren und Dienstleistungen aus Niederbayern ist groß: Automobile der Spitzenklasse, innovative Produkte aus Antriebstechnik und Maschinenbau oder hochwertige Gläser und Ski sowie erstrangige Bau- und Ausbauleistungen.

Nahezu die Hälfte der in Niederbayern produzierten Güter wird in alle Welt exportiert. Vor allem der Fahrzeugbau und seine Zulieferer, aber auch der Maschinenbau, die Kunststofftechnik und die Metallindustrie haben in den vergangenen Jahrzehnten starke Zuwächse erlebt. Eine Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen steht für hoch innovative und spezialisierte Produkte. Auf der Grundlage einer soliden Sozialstruktur bietet Niederbayern engagierte Mitarbeiter mit einem hohen fachlichen Know-how im Handwerk sowie im gewerblich-technischen Bereich. Die Arbeitskräfte in Niederbayern sind leistungsfähig, anpassungsfähig und innovationsorientiert, sowohl beim Nachwuchs als auch bei den erfahrenen Fachkräften.

Die Vernetzung zwischen Hochschulen und Wirtschaft in der Region ermöglicht einen guten Wissens- und Technologietransfer. Ausgehend von den Hochschulen hat auch besonders

der IT-Sektor Niederbayern an Bedeutung gewonnen. Für die Logistikbranche und wissensintensive Dienstleister wird Niederbayern als Standort immer interessanter. Der Produktionsfaktor Wissen und die damit verbundene Aus- und Weiterbildung haben in der Region seit jeher einen hohen Stellenwert. Daher können Unternehmen aus einem Potential an qualifizierten Arbeitskräften für Produktion und Dienstleistungen schöpfen. Der Bayerische Wald und die vor allem im Rottal gelegenen Kurorte gehören zu den größten Tourismusgebieten Deutschlands.

Die Menschen sind bodenständig, unaufgeregt, verlässlich, ehrlich, offen, bescheiden und ruhig. Die Gemeinschaft von Familie, Gemeinde, Vereinen, Kirche, Nachbarn und Ehrenamt funktioniert noch. Das Wohnen in überschaubaren Ortschaften, hoher Grad an Sicherheit, bezahlbare Preise, eine schöne Landschaft, hoher Freizeitwert „Wohnen und Arbeiten, wo andere Urlaub machen“, auch dies prägt Niederbayern.

Gesunde Produkte kommen direkt vom Erzeuger.

Der Bildungsbereich ist gut ausgebaut, alle Schularten befinden sich in erreichbarer Umgebung und auch die Hochschulangebote sind hochwertig und leicht erreichbar.

Kultur ist von regional bis international ausgeprägt vorhanden, Tradition wird hoch gehalten. Man kann von Einheit in Vielfalt sprechen, gemeinsame Werte in einer vielfältigen Kulturlandschaft. Die Lage in der Mitte Europas ermöglicht es Niederbayern auf der Grundlage historisch gewachsener Verbindungen Brücken nach Oberösterreich und Böhmen zu schlagen und damit den Aktionsradius der bayerischen Wirtschaft zu vergrößern.

Diese Positionen gilt es auszubauen, ein „Aufbruch“ ist jetzt erforderlich, um die Region zukunftsfähig zu gestalten.

Die Region muss sich ihrer Stärken bewusst werden, vielfach wird übersehen, dass Niederbayern die niedrigste Arbeitslosigkeit in Bayern aufweist und die gesamte Wirtschaft sich kräftig entwickelt.

Dieser Stärken muss sich die Region bewusst werden, vielfach wurde noch nicht registriert, dass Niederbayern eine niedrige Arbeitslosigkeit aufweist und eine schlagkräftige Wirtschaft sein Eigen nennt. Niederbayern leistet einen starken Anteil für die Prosperität Bayerns. Wenn aber diese Entwicklung weiterhin sich positiv darstellen soll, dann ist auch die bayerische Politik gefordert dies zu unterstützen, wenn es ihr mit den „gleichwertigen Lebensbedingungen“ in allen Regionsteilen ernst ist. Es gilt der Abwanderung entgegenzuwirken durch Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und ordentliche Ausstattung der kommunalen Finanzen. Vom demographischen Faktor besonders betroffene Regionen bedürfen hier speziell der Unterstützung und der Hilfe des Freistaates.

Insgesamt muss es gelingen die jungen Leute in der Region zu halten. Landesentwicklung und Landesplanung müssen die ländlichen Räume schwerpunktmäßig unterstützen. Die Regionen links der Donau bedürfen weiterhin einer kräftigen Förderung aus den EU-, Bundes-, und Bayern-Fördertöpfen, um den Aufholprozess fortsetzen zu können.

Die Region verdeutlicht seit Jahren, dass man nicht nur fordert, sondern auch leistet, Der beispielhafte Einsatz aller Akteure in der Region hat das über die letzten Jahre hinweg gezeigt und auch die Diskussion um „Aufbruch jetzt in Niederbayern“ hat dies nachhaltig bewiesen.

Die Vision Niederbayern lautet:

Die Wissenschafts- und Forschungsregion Niederbayern, die Technologieregion Bayerischer Wald und die Bildungsregion Niederbayern werden nachhaltig angestrebt, als Natur- und Urlaubsregion wollen wir eine Spitzenposition in Deutschland einnehmen.

Wir wollen eine familienfreundliche Region sein mit bezahlbarem Wohnraum, ausreichend Arbeitsplätzen, gesunder Umwelt und einem sozialen Umfeld.

Das Projekt E-WALD ist ein Symbol für das Ziel einer energieautarken Region.

Unsere Konzepte und Ideen im Aufbruch sollen eine beispielhafte Bewältigung des Demographischen Wandels werden.

Die historisch gewachsenen Verbindungen über den Goldenen Steig und die Donau in die Nachbarstaaten und nach Osteuropa sind in Niederbayern unverändert lebendig. Wir wollen daher eine besondere Willkommenskultur entwickeln, um Menschen aus anderen EU-Ländern und auch aus anderen Kulturkreisen für unsere Region zu begeistern.

Wir wissen was wir wollen, was wir können und wie wir mit starkem Willen Wissen und Können auch zu weiteren Erfolgen führen werden.

1.2 Die Bedeutung der regionalen Dimension des Demographischen Wandels

Die wichtigste Triebkraft des Demographischen Wandels ist der weltweite Rückgang der Geburtenraten. So sank die Geburtenrate beispielsweise in den letzten 50 Jahren im Durchschnitt der Weltbevölkerung von 1960 bis 2010 von 4,9 auf 2,5 Kinder pro Frau. Deutschland war Vorreiter der weltweiten Entwicklung: Schon seit 1972 sterben hier jedes Jahr mehr Menschen als geboren werden, und zwar trotz der hier lebenden 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, bei denen die Geburtenzahl höher ist als die Zahl der Sterbefälle.

Der Rückgang der Geburtenraten in Deutschland begann nicht erst in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts; er setzte bereits Ende des 19. Jahrhunderts zeitgleich mit der Einführung der Bismarckschen Sozialreformen ein (1883 Krankenversicherung, 1884 Unfallversicherung und 1889 Invaliditäts- und Alterssicherung). Vor dem Hintergrund einschneidender historischer Veränderungen durch zwei Weltkriege, die Hyperinflation der 1920er Jahre, die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre, zwei Diktaturen und die jahrzehntelange Teilung Deutschlands nahm die Geburtenrate im 20. Jahrhundert kontinuierlich ab, nur unterbrochen von einem vorübergehenden, kurzen Anstieg in den 1930er Jahren.

Seit vier Jahrzehnten ist die Geburtenrate auf dem Niveau von rd. 1,3 bis 1,4 Lebendgeborenen pro Frau nahezu konstant, aber weitere Rückgänge in der Zukunft sind nicht ausgeschlossen, denn die Gründe des Geburtenrückgangs wirken auch in der Zukunft weiter: Mit zunehmendem Wohlstand und Pro-Kopf-Einkommen gingen die Kinderzahlen pro Frau in den meisten Ländern der Welt zurück, statt zuzunehmen (= „demographisch-ökonomisches Paradoxon“).

Die Geburtenraten in den ländlichen Gebieten Deutschlands lagen stets deutlich über dem Niveau in den Städten bzw. über dem Landesdurchschnitt. Das seit Jahrhunderten beobachtete Stadt-Land-Gefälle hat sich jedoch in den letzten Jahrzehnten weitgehend nivelliert. Auch in Niederbayern sind die Geburtenraten nur noch geringfügig höher als im Durchschnitt Bayerns bzw. als im Bundesgebiet. Dieser Befund ist von größter Bedeutung, denn ohne die Geburtenüberschüsse in den ländlichen Gebieten und die Wanderung in die Städte hätte es das Bevölkerungswachstum der Städte nicht gegeben; die Entstehung der Städte wäre gar nicht möglich gewesen. Wegen der zurückgehenden Geburtenraten und der kleiner werdenden Elternjahrgänge haben heute jedoch die meisten Stadt- und Landkreise im ländlichen Raum keine Geburtenüberschüsse mehr; sie können ihre historische Funktion als demographische Reserveräume der großen Städte nicht mehr erfüllen.

In Niederbayern hat, wie in den meisten anderen Stadt- und Landkreisen Deutschlands, eine auf die niedrigen Geburtenraten zurückzuführende Bevölkerungsschrumpfung der jüngeren und mittleren Altersgruppen begonnen. Dieser Bevölkerungsverlust wird sich in den kommenden Jahrzehnten mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht nur fortsetzen, sondern erheblich verstärken. Der Grund hierfür liegt darin, dass die potentiellen Eltern niemals geboren wurden, die eine Rückkehr zu einer stabilen Entwicklung herbeiführen könnten.

Der Demographische Wandel stellt einen der entscheidenden Megatrends der Zukunft dar. Es wäre aber nicht sinnvoll, die Konkurrenz zwischen den Metropolregionen und den

ländlichen Gebieten um die jungen, knapper werdenden Arbeitskräfte zu Lasten der Herkunftsgebiete noch zu steigern.

Würde man diesen gelegentlich empfohlenen Weg weiterverfolgen, wäre die nachhaltige Entwicklung Bayerns und seiner Regionen nicht erreichbar. Denn wenn die Metropolregionen auf Grund der permanenten Zuwanderungen aus den ländlichen Gebieten wachsen bzw. die sonst drohende Bevölkerungsschrumpfung vermeiden, während die Bevölkerung der Herkunftsgebiete und Bayerns insgesamt abnimmt, läuft der Wettbewerb um die Einwohner auf eine demographische Ausbeutung hinaus, bei der das gesamte Land auf Dauer nur verlieren kann.

Die Lösung der demographischen Probleme und die Beherrschung der von ihnen hervorgerufenen wirtschaftlichen Folgeprobleme setzen voraus, dass die Geburtenrate langfristig wieder auf ein Bestand erhaltendes Niveau steigt. In der Übergangszeit bis zum Wiedererlangen einer demographisch stabilen Entwicklung bleibt in Deutschland und in Bayern kein anderer Weg als die vorübergehende Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem Ausland. Dass die ausländischen Herkunftsgebiete potentieller Einwanderer nach Deutschland ihrerseits ebenso niedrige oder noch niedrigere Geburtenraten wie Deutschland bzw. Bayern haben, unterstreicht die internationale Dimension und die Dringlichkeit der weltweiten demographischen Problematik. Denn Einwanderungen als eine Dauerlösung zu Lasten anderer Länder in Betracht zu ziehen, wie das in Deutschland geschieht, läuft auf eine neue Art des Kolonialismus hinaus.

Sollte es in Deutschland überhaupt jemals möglich sein, die demographische Stabilität wiederzuerlangen, wird der Neubeginn aller Wahrscheinlichkeit nach vom ländlichen Raum ausgehen. Deshalb wäre es das Verkehrteste überhaupt, wenn ausgerechnet ein mit Zukunftsplanung befasstes Expertengremium empfehlen würde, den ländlichen Raum gleichsam abzuschreiben und sich selbst zu überlassen, anstatt sein demographisches und ökonomisches Entwicklungspotential zu nutzen. Niederbayern hat trotz seiner im Vergleich zu Deutschland geringen Größe durch seine Initiative „Aufbruch jetzt“ die Chance, bei diesem Neubeginn eine wichtige Rolle zu spielen und an vorderster Front eine Pilotfunktion zu übernehmen.

Prof. Dr. Herwig Birg

2. Bestandsaufnahme der bisherigen demographischen und ökonomischen Entwicklung in den kreisfreien Städten und Landkreisen Niederbayerns

2.1 Entwicklung der Einwohnerzahl und der Altersstruktur in den Jahren 2005 bis 2009

In fast allen Kreisen Niederbayerns ging die Einwohnerzahl in den Jahren 2005 bis 2009 zurück; lediglich im Landkreis Landshut und in der kreisfreien Stadt Landshut kam es zu einem Zuwachs der Bevölkerung. Ein deutlicher Anstieg wurde – mit 2,2 Prozent – nur in der kreisfreien Stadt Landshut erreicht. Den deutlichsten Rückgang der Bevölkerung gab es in den Landkreisen Regen und Freyung-Grafenau, wo die Bevölkerung um 2,6 Prozent bzw. 2,3 Prozent im Vergleich der Jahre 2009 zu 2005 zurückging.

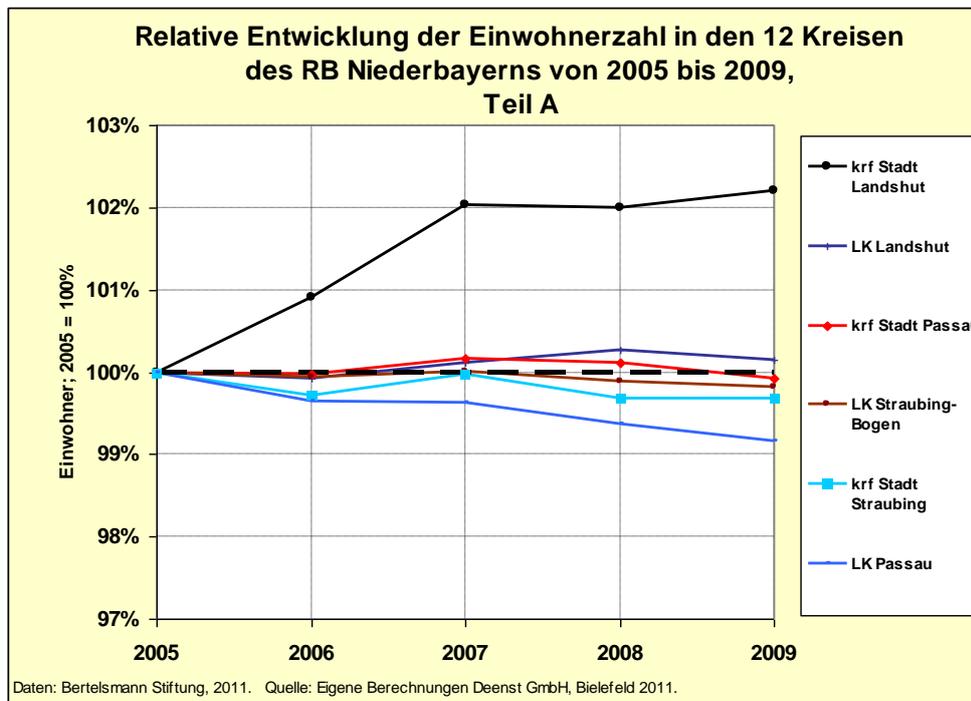


Abbildung 1 Relative Entwicklung der Einwohnerzahl in den 12 Kreisen des RB Niederbayern von 2005 bis 2009, Teil A

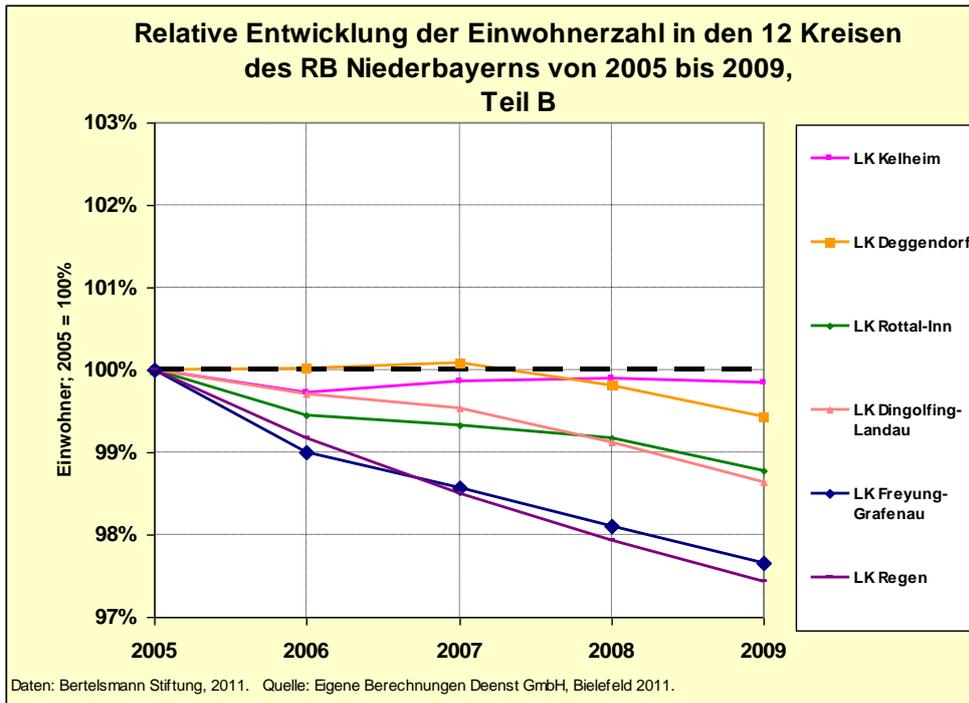


Abbildung 2 Relative Entwicklung der Einwohnerzahl in den 12 Kreisen des RB Niederbayern von 2005 bis 2009, Teil B

Zudem stieg das Medianalter in allen Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayerns deutlich an, um etwa 0,5 Jahre pro Kalenderjahr. Das Medianalter beschreibt das Alter des „mittleren“ Einwohners, falls alle Einwohner eines Gebiets nach dem Alter „sortiert“ werden, also die Bevölkerung statistisch nach dem Alter in zwei gleich große Hälften geteilt wird. Am höchsten war das Medianalter in der kreisfreien Stadt Straubing. Das niedrigste Medianalter lag für den Landkreis Kelheim vor. Die Steigerung verlief in allen neun Landkreisen fast parallel; in den drei kreisfreien Städten fiel sie etwas geringer aus.

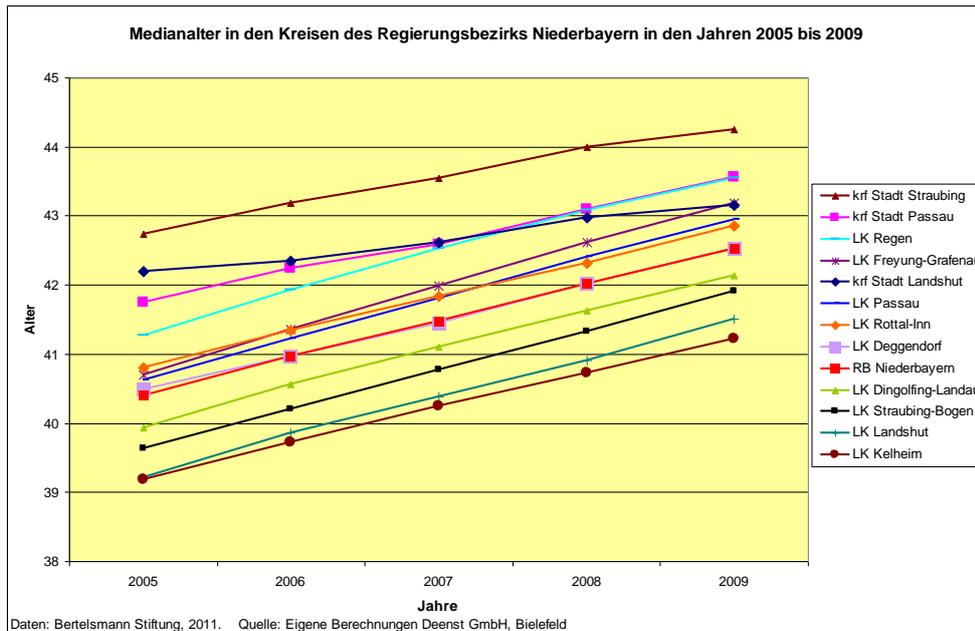


Abbildung 3 Medianalter in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern in den Jahren 2005 bis 2009

2.2 Fertilität

Aufmerksamkeit verdienen die Veränderungen beim Geburtsalter der Frauen. In Niederbayern verschiebt sich ebenso wie in Deutschland insgesamt das durchschnittliche Geburtsalter stetig weiter nach hinten.

Die altersspezifischen Geburtenhäufigkeiten haben sich in den letzten Jahren weiter auf ein höheres Lebensalter verschoben, ohne dass sich die Gestalt des glockenförmigen Altersprofils wesentlich verändert hätte.

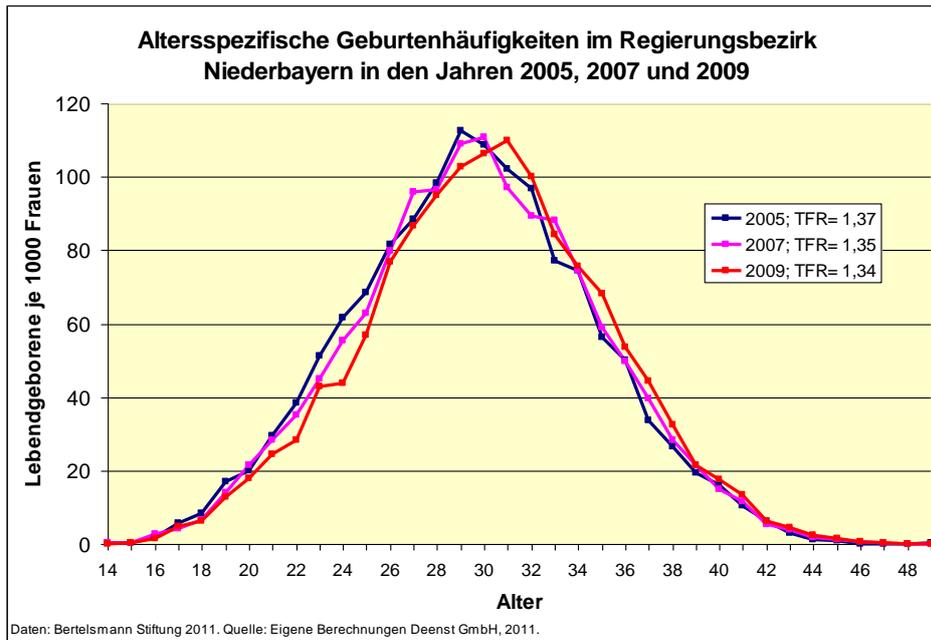


Abbildung 4 Altersspezifische Geburtenhäufigkeiten im Regierungsbezirk Niederbayern in den Jahren 2005, 2007 und 2009

Das durchschnittliche Geburtsalter der Frauen stieg im Verlauf der Jahre 2005 bis 2009 um 0,4 Jahre an, also pro Kalenderjahr um 0,1 Altersjahre. Wie überall in Deutschland bekommen somit auch die Frauen in Niederbayern immer später Kinder.

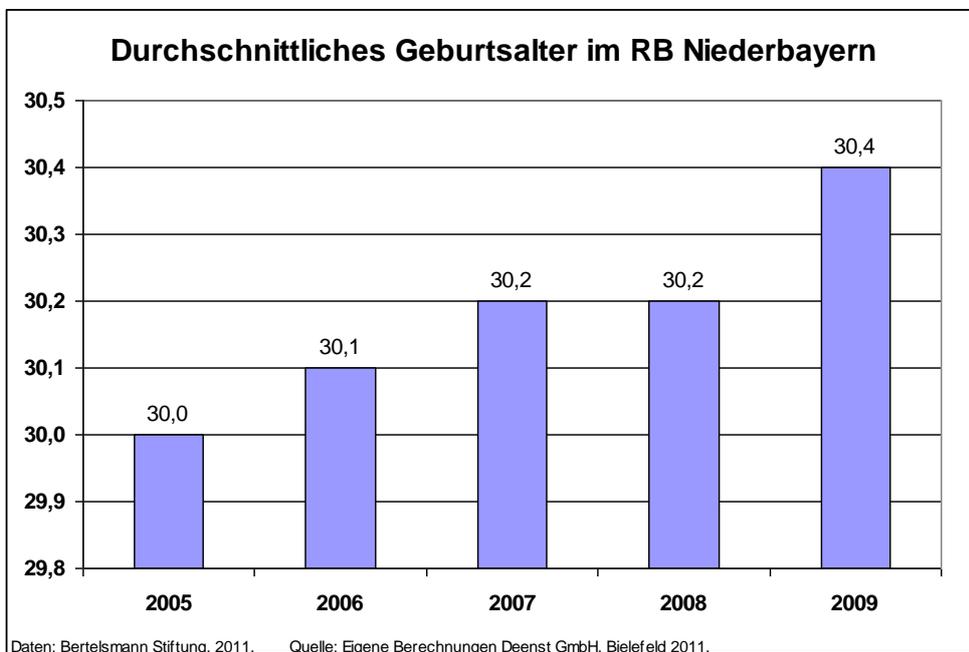


Abbildung 5 Durchschnittliches Geburtsalter im Regierungsbezirk Niederbayern

(Anmerkung; Durch die Rundung auf eine Nachkommastelle wirkt die Entwicklung weniger kontinuierlich als sie tatsächlich verläuft.)

Der Landkreis Landshut hatte unter den Kreisen Niederbayerns das höchste Geburtsalter. Im Jahr 2009 lag dieses bei 31,2 Jahren und damit 0,8 Jahre über dem Wert des Regierungsbezirks. Am niedrigsten war das durchschnittliche Geburtsalter in der kreisfreien Stadt Straubing. In den Jahren 2008 und 2009 lag das durchschnittliche Geburtsalter hier sogar unter 29 Jahren und im Jahr 2009 mit einem Alter von 28,9 Jahren 1,5 Jahre unter dem Wert des Regierungsbezirks.

Im Regierungsbezirk Niederbayern insgesamt betrug das durchschnittliche Geburtsalter 30,4 Jahre, was dem bundesdeutschen Durchschnitt entsprach. Der Wert für Bayern lag mit 31,0 Jahren geringfügig darüber. Dies ist auf den relativ hohen Wert von 31,7 Jahren im Regierungsbezirk Oberbayern zurückzuführen.

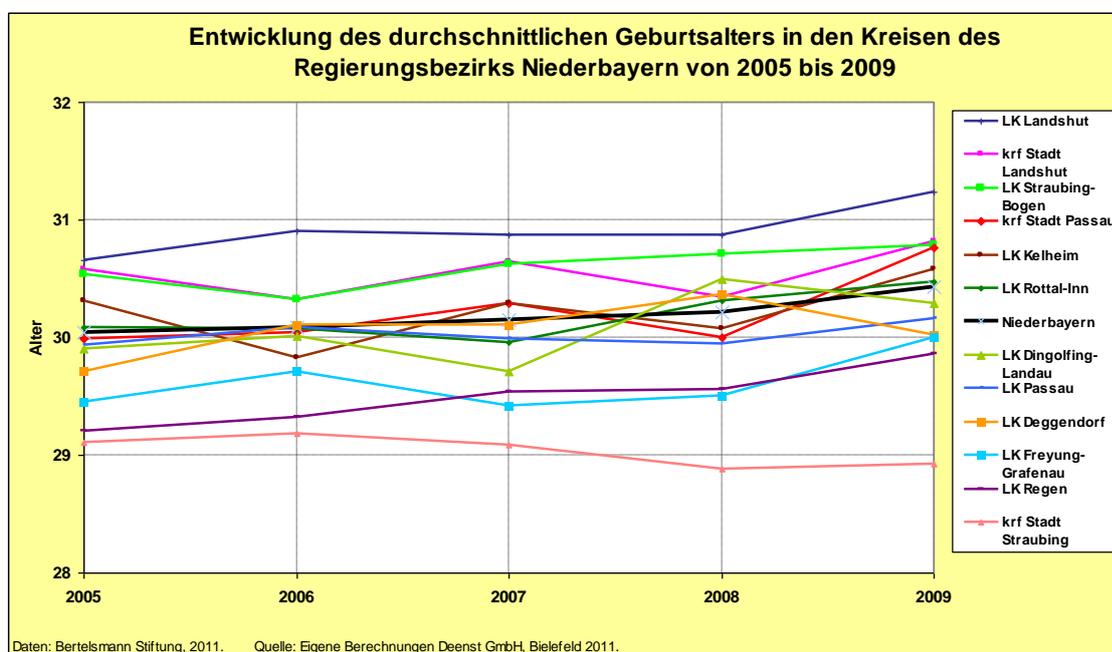


Abbildung 6 Entwicklung des durchschnittlichen Geburtsalters in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern von 2005 bis 2009

Die durchschnittliche Geburtenhäufigkeit variiert stark zwischen den verschiedenen Kreisen. In der kreisfreien Stadt Passau wurden im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2009 6,6 Geburten auf 1000 Einwohner registriert, im Landkreis Kelheim wurde mit 9,0 Geburten je 1000 Einwohner der höchste Wert erreicht. Der entsprechende Wert für den Regierungsbezirk belief sich auf 8,1 Geburten je 1000 Einwohner und lag damit etwas unter dem deutschen Durchschnitt von 8,3 Geburten je 1.000 Einwohner. Die Zahl für Bayern übertrifft mit 8,5 nur knapp der Bundesdurchschnitt, was vor allem auf den relativ hohen Wert von 9,3 Geburten je 1.000 Einwohner in Oberbayern zurückzuführen ist.

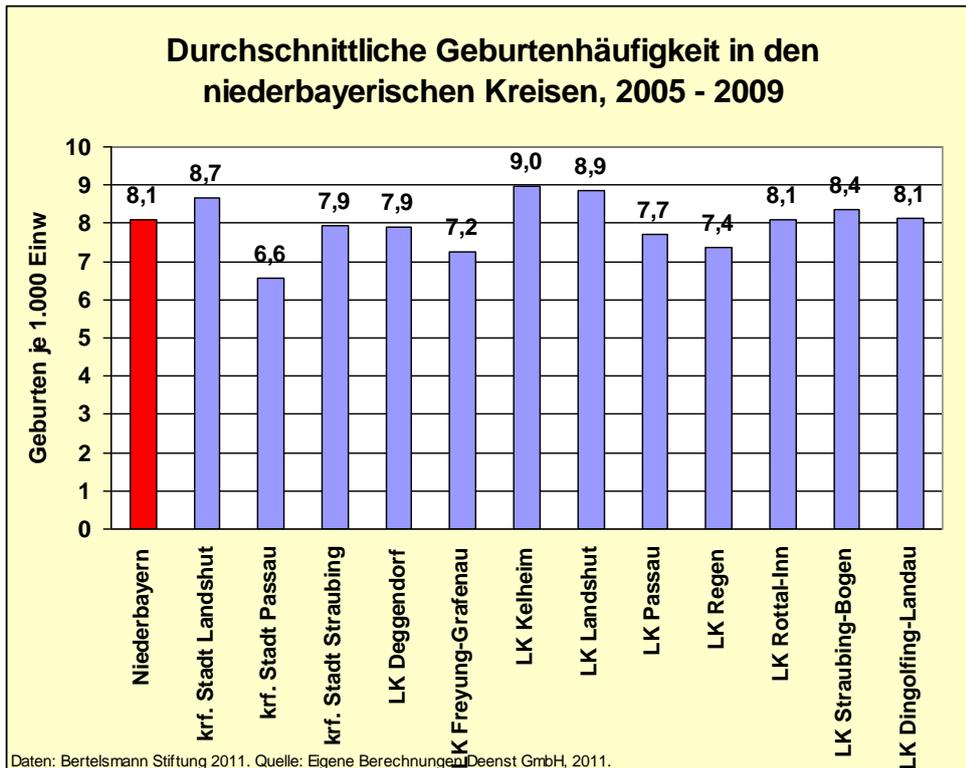


Abbildung 7 Durchschnittliche Geburtenhäufigkeit in den niederbayerischen Kreisen, 2005 bis 2009

Die kreisfreie Stadt Passau wies in Niederbayern in den Jahren 2005 bis 2009 die niedrigste zusammengefasste Geburtenrate (TFR) auf. Das arithmetische Mittel der genannten Jahre lag in Passau bei 1,00. Die höchste TFR für die Basisjahre 2005 bis 2009 wurde in den Landkreisen Kelheim und Landshut mit jeweils 1,46 erreicht. Niederbayern insgesamt hatte mit 1,35 dieselbe Geburtenhäufigkeit wie Bayern (1,35) und Deutschland (1,36) in den Jahren 2005 bis 2009.

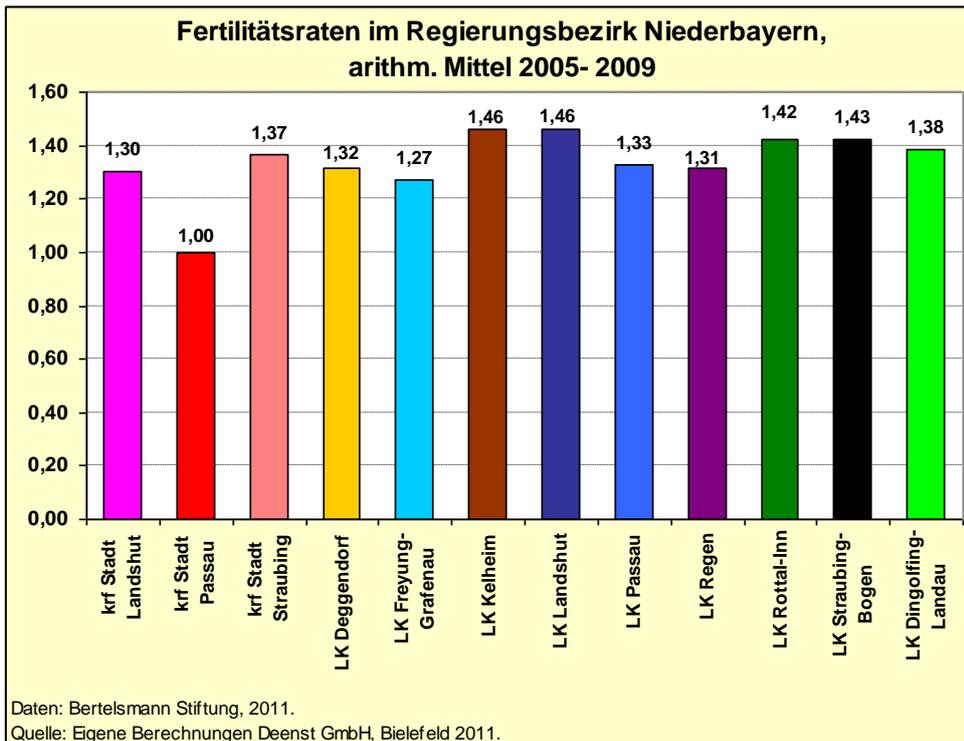


Abbildung 8 Fertilitätsraten (TFR) in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2009

Zwischen den einzelnen Jahren gab es bei den Fertilitätsraten und Geburtenraten der Gemeinden starke Schwankungen.

Im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2009 reichten die Geburtenzahlen nur noch im Landkreis Landshut für einen positiven natürlichen Saldo aus. Dies bedeutet, dass nur im Landkreis Landshut die Zahl der Geburten höher als die der Sterbefälle war. In den anderen Landkreisen und kreisfreien Städten Niederbayerns übertraf im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2009 die Zahl der Sterbefälle die der Geburten, wobei der Saldo in acht der 12 Kreise jährlich zwischen etwa -200 und -400 lag.

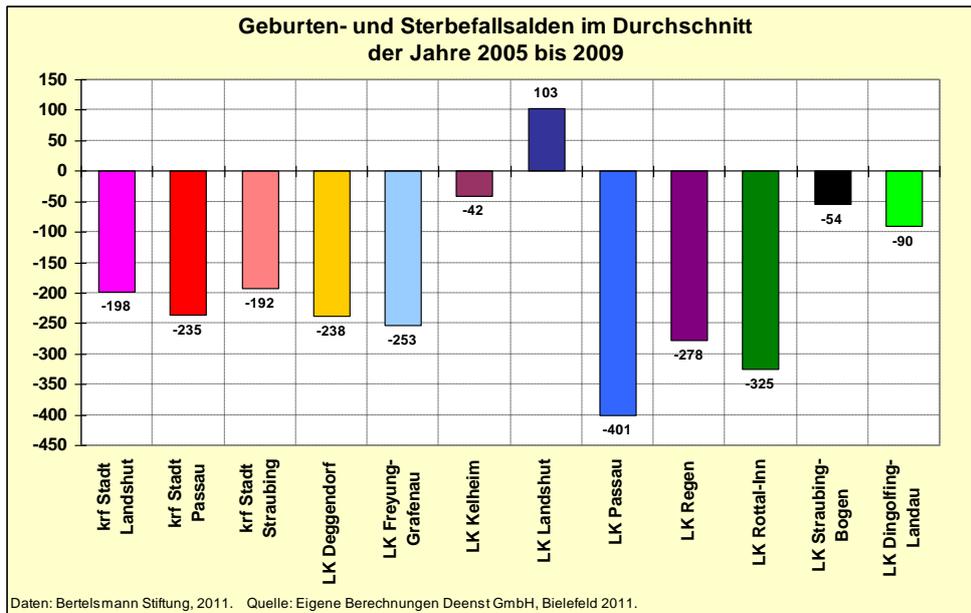


Abbildung 9 Geburten- und Sterbefallsalden in den Kreisen im Regierungsbezirk Niederbayern im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2009

Innerhalb des Zeitraums 2005 bis 2009 traten die meisten Sterbefälle und die wenigsten Geburten im Jahr 2009 auf. Der natürliche Saldo (Differenz aus Geburten und Sterbefällen) wurde zunehmend negativ. Die Zahl der Geburten ging im Verlauf der letzten Jahre ziemlich stetig zurück, weil trotz fast konstanter Kinderzahl pro Frau die Zahl der potentiellen Eltern deutlich abnahm.

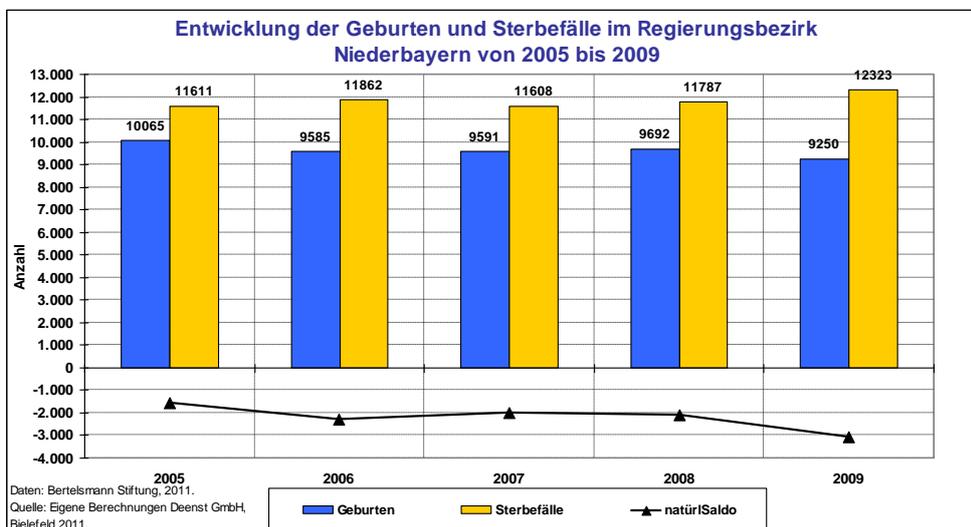


Abbildung 10 Geburten- und Sterbefallsalden in Niederbayern im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2009

2.3 Lebenserwartung

Die Lebenserwartung eines weiblichen Neugeborenen im Regierungsbezirk Niederbayern war im Jahr 2008 im Landkreis Passau am höchsten mit 83,5 Jahren. Am niedrigsten lag die Lebenserwartung bei den Frauen in der kreisfreien Stadt Straubing mit 80,3 Jahren.

Landkreis/kreisfreie Stadt	Lebenserwartung der Frauen in Jahren im Jahr 2008
kreisfreie Stadt Landshut	81,9
kreisfreie Stadt Passau	81,4
kreisfreie Stadt Straubing	80,3
LK Deggendorf	82,0
LK Freyung-Grafenau	83,1
LK Kelheim	82,0
LK Landshut	83,2
LK Passau	83,5
LK Regen	81,6
LK Rottal-Inn	81,5
LK Straubing-Bogen	81,7
LK Dingolfing-Landau	82,6

Tabelle 1: Lebenserwartung der Frauen in Jahren in den Kreisen und kreisfreien Städten des Regierungsbezirks Niederbayern

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 2011

Bei den männlichen Neugeborenen des Regierungsbezirks wurde die höchste Lebenserwartung im Landkreis Landshut erreicht mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 78,5 Jahren. Im Vergleich der Landkreise und kreisfreien Städte des Regierungsbezirks war die Lebenserwartung der Männer in der kreisfreien Stadt Straubing am niedrigsten mit 75,2 Jahren.

Landkreis/kreisfreie Stadt	Lebenserwartung der Männer in Jahren im Jahr 2008
kreisfreie Stadt Landshut	76,4
kreisfreie Stadt Passau	76,3
kreisfreie Stadt Straubing	75,2
LK Deggendorf	77,1
LK Freyung-Grafenau	76,5
LK Kelheim	78,0
LK Landshut	78,5
LK Passau	77,7
LK Regen	75,6
LK Rottal-Inn	76,8
LK Straubing-Bogen	77,8
LK Dingolfing-Landau	77,3

Tabelle 2: Lebenserwartung der Männer in Jahren in den Kreisen und kreisfreien Städten des Regierungsbezirks Niederbayern

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 2011

2.4 Wanderungen

Der Wanderungssaldo ist in neun der 12 Kreise Niederbayerns positiv; dies bedeutet, dass es in den Kreisen mehr Zuzüge als Fortzüge gibt. Ausnahmen bilden hier der Landkreis Freyung-Grafenau, der Landkreis Regen und der Landkreis Dingolfing-Landau. In diesen drei Landkreisen überwogen die Fortzüge.

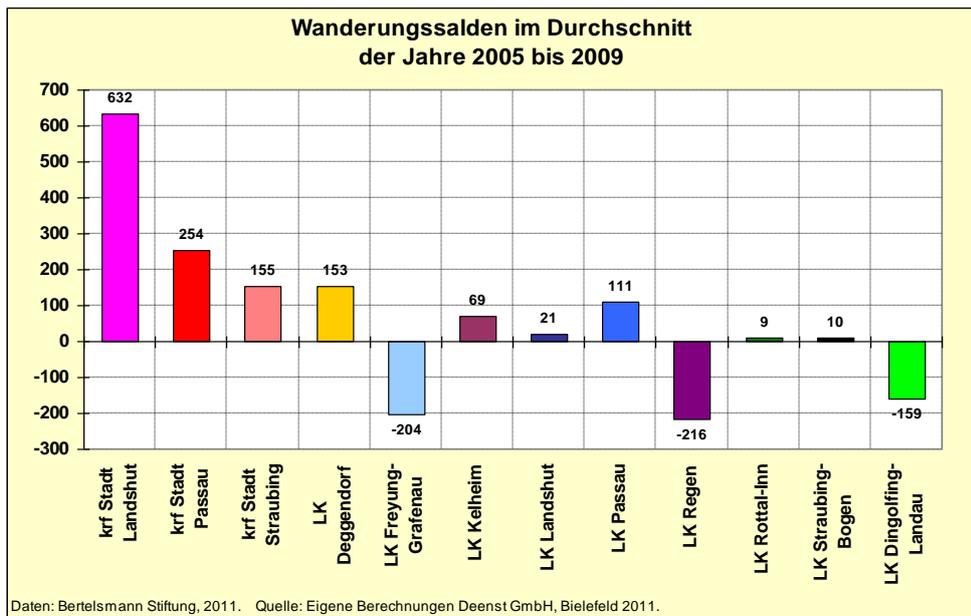


Abbildung 11 Wanderungssalden in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2009

Für den Regierungsbezirk Niederbayern waren die Wanderungssalden für die Jahre 2005 bis 2009 zumeist positiv. Eine Ausnahme besteht in den Jahren 2006 und 2008, in denen der Wanderungssaldo -866 bzw. -125 betrug. Die Zahlen der Zu- und Fortzüge schwanken leicht über den Basiszeitraum, so gab es die meisten Zuzüge im Jahr 2007 und die meisten Fortzüge im Jahr 2008. In den Jahren 2008 und 2009 kann die Anzahl der registrierten Fortzüge allerdings durch die Einführung der Steuer-ID beeinflusst sein. Dies würde bedeuten, dass viele Fortzüge erst in diesen beiden Jahren registriert wurden, obwohl sie bereits in früheren Jahren stattgefunden haben.

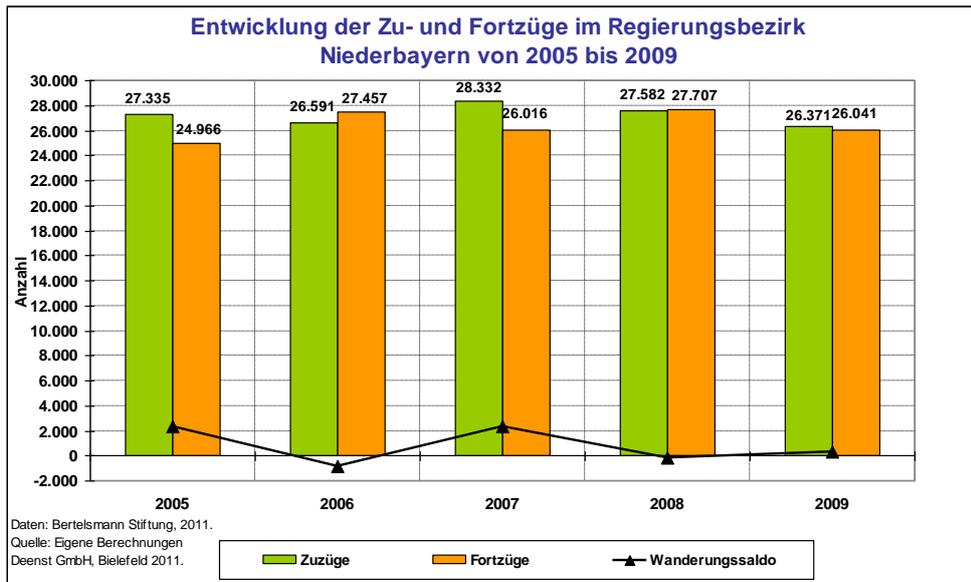


Abbildung 12 Entwicklung der Zu- und Fortzüge im Regierungsbezirk Niederbayern von 2005 bis 2009

Wanderungsbewegungen sind sehr wichtig für die kurz- und mittelfristige Bevölkerungsentwicklung von Gemeinden. Das folgende Schaubild zeigt, dass die Anzahl der Wanderungen deutlich die natürlichen Bewegungen (Geburten und Sterbefälle) übertrifft, und zwar umso mehr, je kleinräumiger die betrachtete Ebene ist. Denn Umzüge über kürzere Entfernungen bedeuten häufig zwar auch einen Umzug über Gemeindegrenzen hinweg, aber ohne dass dadurch auch die Kreisgrenze oder gar die Grenze des Regierungsbezirks überschritten wird

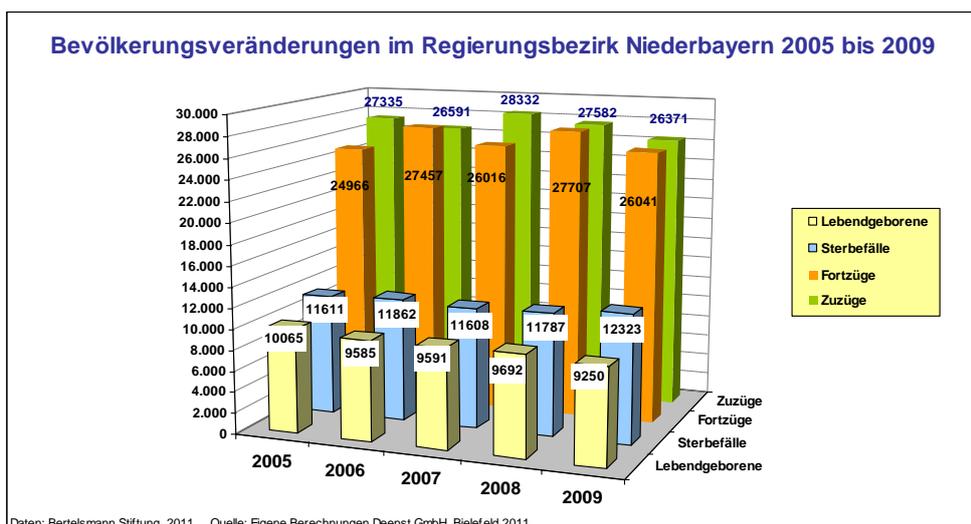


Abbildung 13 Bevölkerungsveränderungen im Regierungsbezirk Niederbayern von 2005 bis 2009

Bei den altersspezifischen Wanderungssalden für den Regierungsbezirk Niederbayern im Durchschnitt der Jahre 2005 - 2009 fällt auf, dass für die Altersjahrgänge der 21- bis 31jährigen negative Wanderungssalden vorhanden sind. Die Wanderungssalden der über 31jährigen sind hingegen positiv. Dies zeigt, dass im Rahmen der „Bildungsmigration“ mehr junge Einwohner Niederbayern verlassen als zuziehen. Bei den Wanderungen in den Altersgruppen der Erwerbstätigen und der Senioren gibt es dagegen Wanderungsüberschüsse.

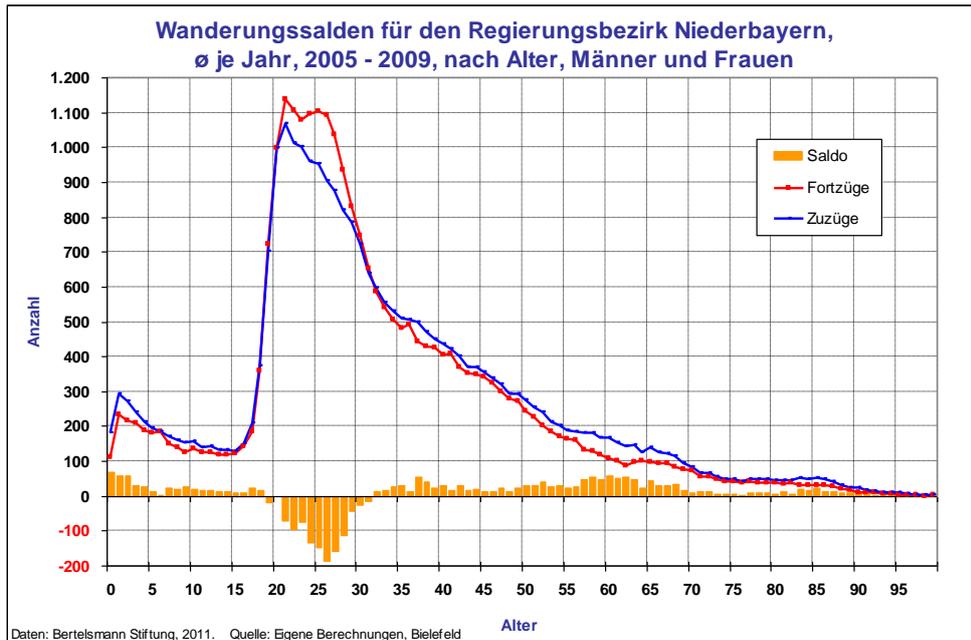


Abbildung 14 Wanderungssalden für den Regierungsbezirk Niederbayern, Durchschnitt je Jahr, 2005-2009, nach Alter, Männer und Frauen

Auf Kreisebene sind die drei kreisfreien Städte Gewinner bei der Bildungsmigration, Passau allerdings nur bis zum Alter Mitte 20. Alle neun Landkreise wiesen bei der Bildungsmigration Wanderungsverluste auf, außer dem Landkreis Deggendorf bei Männern bis zum Alter Mitte 20. Detaillierte Angaben finden sich im Anhang zur Langfassung der Studie.

2.5 Bildungsabschlüsse

Für die einzelnen Kreise in Niederbayern ergeben sich sehr unterschiedliche Ergebnisse. So schwankte der Anteil der Schulabgänger mit (Fach-)Hochschulreife im Jahr 2009 zwischen 9,5% und 48,4%. Von den Schulabgängern erreichten 35,3 % bis 50,2% einen Realschulabschluss, beim Hauptschulabschluss waren es zwischen 10,0 % und 33,2 %. In allen Landkreisen und kreisfreien Städten ging der Anteil der Schulabgänger mit Hauptschulabschluss von 2004 bis 2009 um 5 bis 8 Prozentpunkte zurück, in etwa demselben Ausmaß nahm der Anteil der Abschlüsse mit (Fach-)Hochschulreife zu.

2.6 Erwerbstätige

Betrachtet werden vier Altersgruppen, aus deren Entwicklung erkennbar wird, zu welchen Konsequenzen und Herausforderungen der Demographische Wandel führt:

- **Altersgruppe 16- bis 18jährige**
 - o In diesem Alter finden erste Berufsausbildungen sowie Berufsfachschulbesuche statt.
 - o Diese Altersjahrgänge haben große Bedeutung für die künftige Entwicklung des Arbeitskräfteangebots.
- **Altersgruppe 19- bis 24jährige**
 - o In diesem Alter finden Berufsausbildung, Meisterschule, Studium etc. statt
 - o In dieser Gruppe befinden sich viele Berufseinsteiger.
 - o Diese Altersjahrgänge haben große Bedeutung für die künftige Entwicklung des Arbeitskräfteangebots.
- **Altersgruppe 25- bis 44jährige (jüngere potentiell Erwerbstätige)**
 - o In dieser Gruppe befinden sich Berufseinsteiger.
 - o Bisher galten die Angehörigen dieser Gruppe in einigen Unternehmen als (fast) alleinige Leistungsträger.
 - o Auf diese Gruppe konzentrierten sich bisher betriebliche Weiterbildungen.
 - o Aus dieser Gruppe wird der Fach- und Führungskräftenachwuchs rekrutiert.
- **Altersgruppe 45- bis 64jährige (ältere potentiell Erwerbstätige)**
 - o In dieser Gruppe sind vor allem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit viel Berufserfahrung und dadurch erworbenem Wissen; nicht alle von ihnen hatten in den letzten Jahren Gelegenheit zu aktuellen Weiterbildungen.
 - o Zuwachs in der Gruppe kennzeichnet die statistisch „alternden“ Belegschaften
 - o Statistische Alterung geht nicht zwingend einher mit Abnahme der Leistungsfähigkeit; Arbeitsfelder sind aber – vor allem bei starker körperlicher Arbeitsbelastung – zu überprüfen und ggf. umzugestalten.

Der zu erwartende Arbeits- und Fachkräftemangel in Deutschland ist vor allem demographisch verursacht als Folge vieler schwacher Geburtenjahrgänge und konstant niedriger Geburtenzahlen. Diese Entwicklung steht bei der folgenden Betrachtung im Vordergrund und wird in den kommenden Jahren – regional sehr unterschiedlich ausgeprägt – deutlich spürbar.

Grundsätzlich ist die Entwicklung und Qualifikation der Fachkräfte aber auch vor dem Hintergrund bildungspolitischer Entscheidungen in Vergangenheit und Zukunft zu beleuchten. Ebenso muss Berücksichtigung finden, dass Deutschland im internationalen Wettbewerb um Fachkräfte in Konkurrenz zu anderen Ländern steht – sowohl bezogen auf attraktive Arbeitsplätze im Ausland, als auch bezogen auf Möglichkeiten, ausländische Fachkräfte am deutschen Arbeitsmarkt zu etablieren.

Der Anteil der 16- bis 18jährigen änderte sich im Betrachtungszeitraum (2005 bis 2009) im Regierungsbezirk Niederbayern kaum. So stieg der entsprechende Anteil von 3,6% im Jahr 2005 auf 3,7% im Jahr 2007, um dann bis zum Jahr wieder auf den Ausgangswert von 3,6% zu fallen.

Im Regierungsbezirk Niederbayern blieb der Anteil der 19- bis 24jährigen an der Gesamtbevölkerung in den Jahren 2005 bis 2009 fast konstant bei 7,1%, und auch in den Kreisen des Regierungsbezirks gab es nur leichte und zumeist positive Veränderungen bei dem Anteil der 19- bis 24jährigen an der Gesamtbevölkerung.

Hingegen kam es zu einem deutlichen Rückgang beim Anteil der 25- bis 44jährigen an der Gesamtbevölkerung. Betrug der Anteil im Jahr 2005 noch 28,8%, sank er bis zum Jahr 2009 auf 26,4% im Regierungsbezirk Niederbayern. Auch in allen Kreisen des Regierungsbezirks fiel der Anteil der 25- bis 44jährigen an der Gesamtbevölkerung in den Jahren 2005 zu 2009 deutlich.

Eine andere Entwicklung liegt bei den 45- bis 64jährigen vor. Im Regierungsbezirk Niederbayern stieg der entsprechende Anteil von 25,5% auf 28,3% in den Jahren 2005 bis 2009. Ebenso verhielt es sich in den Kreisen des Regierungsbezirks; in allen kam es zu einem Anstieg des Anteils der 45- bis 64jährigen an der Gesamtbevölkerung.

Seit 2008 ist also der Anteil der beiden älteren Altersjahrzehnte der potentiell Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung höher als der Anteil der 25- bis 44jährigen.

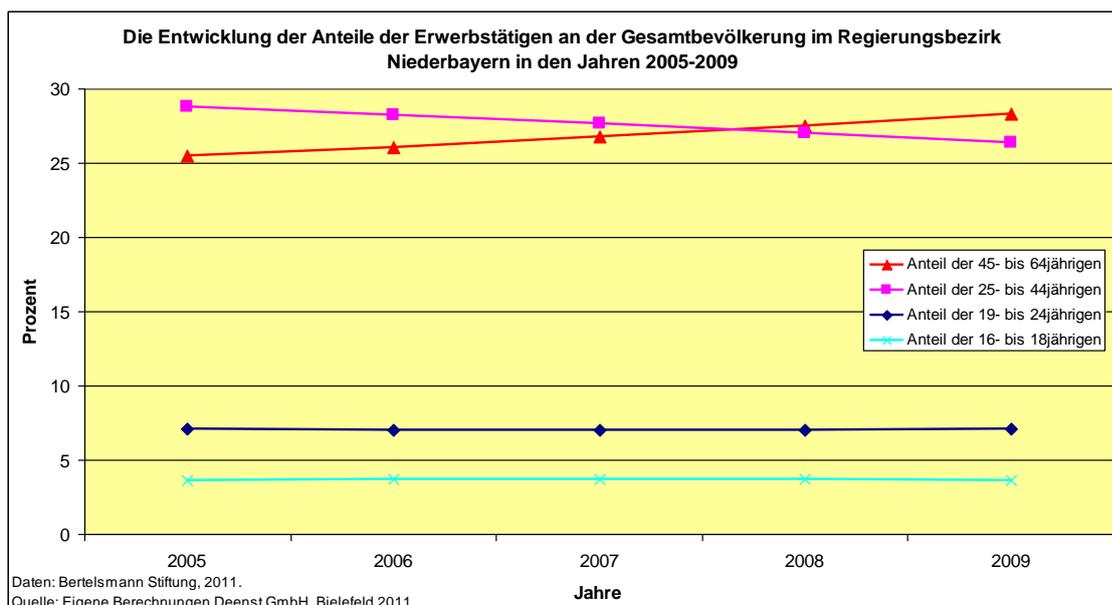


Abbildung 15 Entwicklung der Anteile der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung im Regierungsbezirk Niederbayern in den Jahren 2005 bis 2009

In absoluten Zahlen ergab sich von 2005 bis 2009 folgende Entwicklung für die Altersgruppen der potentiellen Erwerbspersonen:

Jahr	16-18 J.	19-24 J.	25-44 J.	45-64 J.	Summe
2005	43000	84700	344800	304800	777400
2006	43900	83500	336800	310500	774800
2007	44100	83500	330500	319200	777300
2008	43800	83500	321900	327800	777000
2009	42700	84800	313600	336300	777400

Tabelle 3: Absolute Zahlen der potentiell Erwerbstätigen in Niederbayern nach Altersgruppen, 2005 bis 2009

Es traten also in den letzten Jahren nur deutliche Verschiebungen der Anteile zwischen den einzelnen Altersgruppen auf, aber keine Veränderung der Gesamtzahl. Dies wird sich in den nächsten Jahren erheblich verändern, wie im Kap. 6.4.2. näher dargelegt wird.

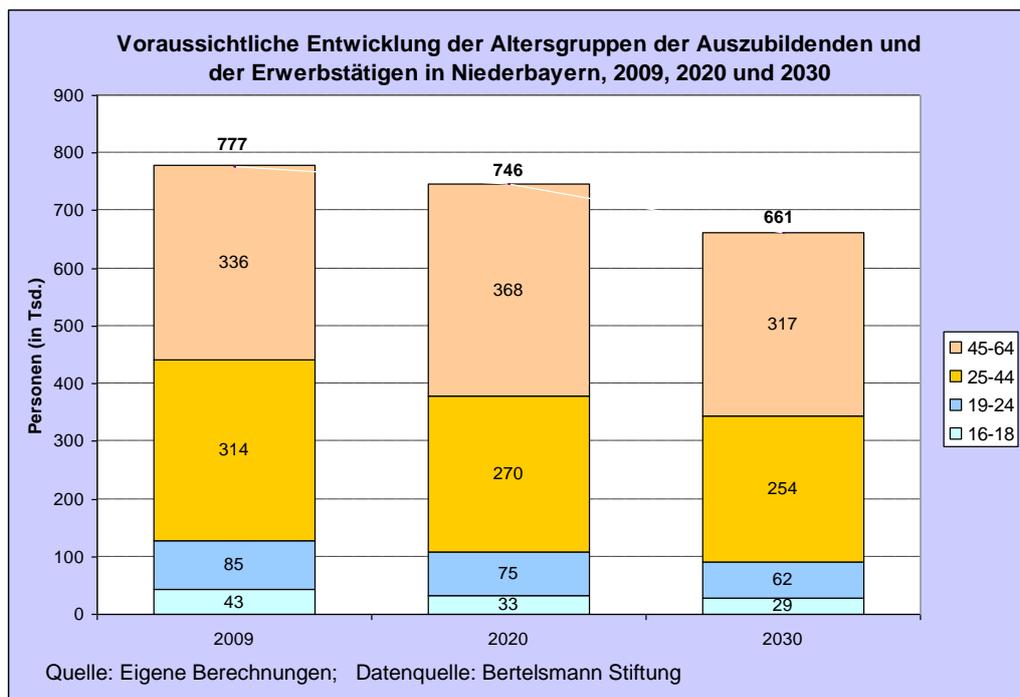


Abbildung 16 Voraussichtliche Entwicklung der Altersgruppen der Auszubildenden und der Erwerbstätigen in Niederbayern, 2009, 2020 und 2030

In den nächsten Jahren ist auch in Niederbayern ein deutlicher Rückgang der Zahl der potentiell Erwerbstätigen zu erwarten. In den relevanten vier Altersgruppen ergibt sich insgesamt (16 – 64 Jahre) eine Entwicklung von 777.000 in 2009 auf 661.000 in 2030, also ein Rückgang um 118.000 bzw. 15%. Soll dieser Rückgang durch Zuwanderungen ausgeglichen werden, wären dafür zusätzliche Zuzüge von ca. 325.000 Personen in zwei Jahrzehnten notwendig. Dafür müsste die Anzahl der Zuzüge dauerhaft um etwa 60% erhöht werden.

2.7 Berufspendler

Für die Pendler wird die Definition der Bundesagentur für Arbeit übernommen, wonach Personen, die ihre Wohngemeinde verlassen um in einer anderen Gemeinde einer Arbeit oder Ausbildung nachzugehen, als Auspendler gelten. Einpendler sind Personen, die aus Perspektive der Zielgemeinde in eben dieser einer Arbeit oder Ausbildung nachgehen, jedoch in einer anderen Gemeinde wohnen.

In den kreisfreien Städten Landshut, Passau und Straubing wie auch im Landkreis Dingolfing-Landau und (gering) im Landkreis Deggendorf gibt es mehr Einpendler als Auspendler. In allen anderen 7 Landkreisen des Regierungsbezirks Niederbayerns war der Pendlersaldo im Jahr 2010 deutlich negativ. Aus allen Gemeinden Niederbayerns zusammen

pendelten ca. 299.800 Erwerbstätige aus, aber nur ca. 267.800 ein. Über alle Kreisgrenzen in Niederbayern pendelten insgesamt etwa 147.800 Arbeitnehmer ein und 179.800 Arbeitnehmer aus. Auf Regierungsbezirksebene wurde die Anzahl der 38.500 Einpendler von den 70.500 Auspendlern deutlich übertroffen. Die Angaben für alle drei Ebenen führen zu einem einheitlichen Auspendlerüberschuss aus Niederbayern von 32.000. Die Auspendlerraten einzelner Gemeinden in Niederbayern erreichten bis zu 97% (der dort wohnenden Erwerbstätigen; in einer Gemeinde im LK Dingolfing-Landau), die Einpendlerquoten bis zu 89% (der am Zielort Erwerbstätigen).

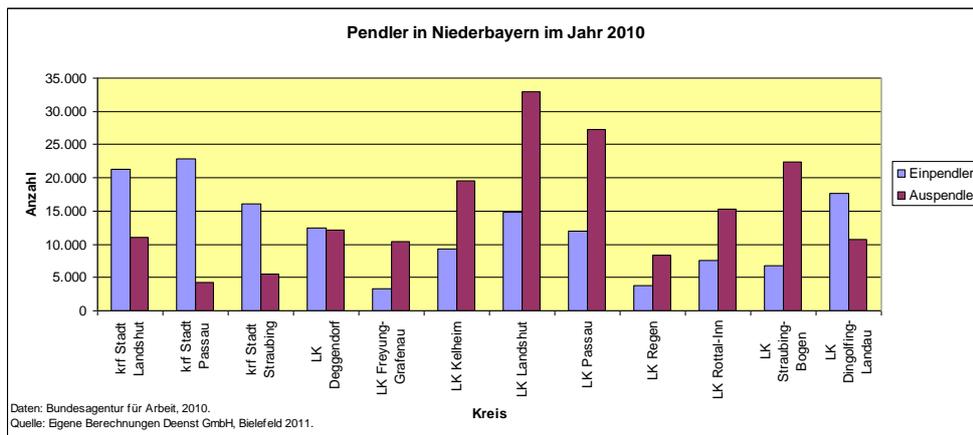


Abbildung 17 Pendler in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern im Jahr 2010

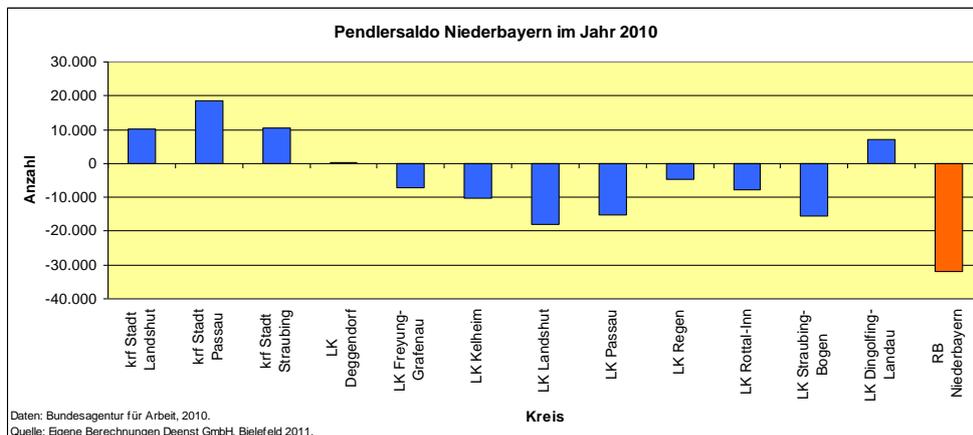


Abbildung 18 Pendlersaldo in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern im Jahr 2010

Es ist nicht verwunderlich, dass in den kreisfreien Städten mit ihren hohen Einpendlerüberschüssen die Einpendler sehr hohe Anteile an der erwerbstätigen Bevölkerung erreichen. In zwei dieser drei Städte ist die Anzahl der Einpendler etwa genauso hoch wie die der am Ort wohnenden Erwerbstätigen, in Passau sogar noch deutlich höher.

2.8 Frauenerwerbsquote

Die niedrigste Frauenerwerbsquote unter den Kreisen in Niederbayern hatte im Jahr 2009 die kreisfreie Stadt Passau mit 41,6%.¹

Die höchsten Werte erreichten die Landkreise Landshut und Dingolfing-Landau mit je 51,4%.

Damit lagen alle 12 Kreise in Niederbayern unter dem bayerischen Durchschnittswert von 51,8% für die Erwerbsbeteiligung der Frauen. Das Statistische Bundesamt kommt zu dem Ergebnis, dass die Frauenerwerbsquote in Bayern etwa 2 Prozentpunkte höher ist als im Bund, wendet allerdings eine etwas andere Zählweise an.²

In allen Landkreisen und kreisfreien Städten war die Frauenerwerbsquote im Jahr 2009 höher als im Jahr 2003. Wie sich die Frauenerwerbsquote in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten in den Jahren 2003 bis 2009 entwickelt hat, kann dem folgenden Schaubild entnommen werden. Der Einfluss der Arbeitsmarktpolitik und der Wirtschaftsentwicklung ist dort an den nach oben gerichteten Kurvenästen ablesbar.

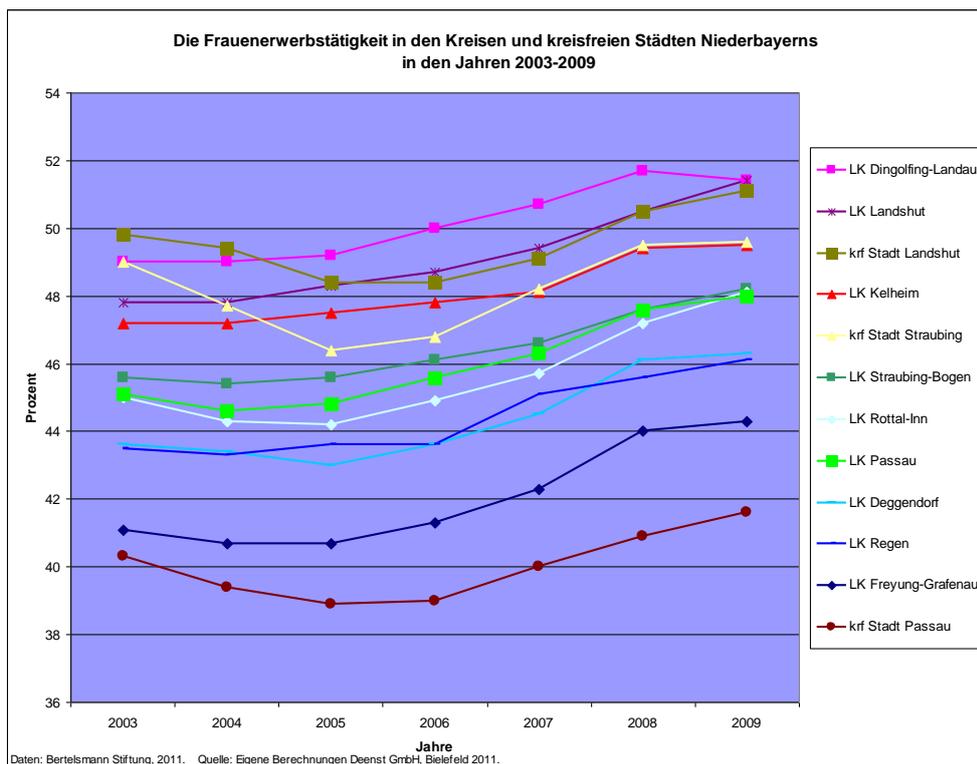


Abbildung 19 Frauenerwerbsquoten in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern in den Jahren 2003-2009

¹ Vgl. Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune, <http://www.wegweiser-kommune.de>

² Vgl. Statistisches Bundesamt, Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 4, Ausgabe 2009

2.9 Elternjahrgänge

Von großer Bedeutung für die Bevölkerungsentwicklung sind die Elternjahrgänge, also die Altersgruppe der 23- bis 36jährigen. Diese 14 Altersjahrgänge sind diejenigen mit den höchsten altersspezifischen Geburtenwahrscheinlichkeiten. In Deutschland bekommen pro Jahr mehr als 5 von 100 Frauen aus jedem dieser 14 Altersjahrgänge ein Kind. Von allen Geburten in den Jahren 2005 bis 2009 entfielen mehr als 76% auf Mütter der Altersgruppe 23 bis 36. Aus dieser Altersgruppe rekrutiert sich daher der größte Teil der potentiellen neuen Eltern.

Der Anteil der Elternjahrgänge an der Gesamtbevölkerung ging schon in den Jahren 2005 bis 2009 deutlich zurück. Während der entsprechende Anteil an der Gesamtbevölkerung bspw. im Regierungsbezirk Niederbayern im Jahr 2005 noch bei 17,4% lag, betrug er im Jahr 2009 nur noch 16,0%. Auch in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Niederbayerns ging der Anteil in diesen Jahren zurück. Die höchsten Anteile haben die kreisfreien Städte, in denen im Jahr 2005 noch Werte zwischen 18,3% und 19,2% erreicht wurden. Dagegen wiesen die Landkreise nur Werte unter 18% auf. Für die kreisfreien Städte lag der Anteil der Elternjahrgänge an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2009 zwischen 17,3% und 18,5%. Bei den Landkreisen ging der Anteil auf Werte von unter 16,3% zurück. Demnach besteht in Bayern regional ein erhebliches Stadt-Land-Gefälle bei der Verteilung dieser für die künftige Geburtenzahl wichtigen Altersgruppe

In absoluten Zahlen ausgedrückt hat die Anzahl der 23- bis 36jährigen in Niederbayern von 208.500 im Jahr 2005 auf 189.600 im Jahr 2009 abgenommen. Das entspricht einem Rückgang um fast 19.000 bzw. um 9,1% in nur 4 Jahren. Im Jahr 2030 werden in Niederbayern voraussichtlich nur noch 162.000 Personen leben, die diesen 14 Altersjahrgängen angehören. Dies bedeutet einen Rückgang der Zahl potentieller Eltern von 46.500 bzw. 22% gegenüber 2005. Bei gleich bleibender Geburtenrate (Kinderzahl pro Frau) hat diese eine gravierende negative Auswirkung auf die künftige Entwicklung der Geburtenzahl.

Der Grund für den Rückgang der Elternjahrgänge liegt zum einen in den rückläufigen Geburtenzahlen der letzten Jahrzehnte. Das wirkt sich nun auch bei den potentiellen Eltern aus. Zum anderen führt die „Bildungswanderung“ junger Menschen zu einer relativen Konzentration der Elternjahrgänge in städtischen Regionen. Durch die Abwanderung potentieller Eltern werden sich künftig der Bevölkerungsrückgang und die Alterung in den ländlichen Räumen erheblich verstärken. Dort werden die jetzt schon abnehmenden Geburtenzahlen und die fortgesetzte Bildungsabwanderung nach dem Jahr 2025 zu einem weiteren starken Rückgang der Elternjahrgänge führen.

Es ist für die betroffenen Gemeinden daher wichtig, gerade die jungen Menschen zu halten oder zur Rückkehr zu bewegen. Sonst werden Bevölkerungsrückgang und Alterung noch schneller voranschreiten. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sind Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Lebensumfeldes, zur Verbesserung des Angebots an attraktiven Arbeitsplätzen und Bildungseinrichtungen, sowie der Ausbau der Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur besonders wichtig.

2.10 Betreuung der Kinder im Alter von unter drei Jahren

Die Betreuungsquote für die unter 3jährigen Kinder fällt in der kreisfreien Stadt Passau am höchsten aus. Dort steht für 34,8% der unter 3jährigen Kinder ein Krippenplatz oder ein Platz in der Tagespflege zur Verfügung. Die kreisfreie Stadt Landshut erreicht einen Anteilswert von 21,1% bei der Betreuung von unter 3jährigen Kindern. Die Landkreise schneiden deutlich schlechter ab. So liegt die Betreuungsquote der unter 3jährigen nur in einem Landkreis bei über 17%.

	Anzahl Kinder U 3	Plätze in Krippen	Versorgungsquote Krippenplätze	U 3 Kinder in Tagespflege	betreute U 3 Kinder in Tagespflege, Kindertageseinrichtungen	Betreuungs-Quote U 3 Kinder insgesamt
kreisfreie Stadt						
Landshut	1.652	188	11,4%	30	348	21,1%
Passau	997	63	6,3%	12	347	34,8%
Straubing	991	38	3,8%	21	176	17,8%
Landkreis						
Deggendorf	2.804	29	1,0%	49	404	14,4%
Dingolfing-Landau	2203	36	1,6%	21	371	16,8%
Freyung-Grafenau	1680	0	0	15	384	22,9%
Kelheim	3.000	181	6,6%	58	421	14,0%
Landshut	3.866	542	14,0%	47	597	15,5%
Passau	4.721	481	10,2%	29	719	15,2%
Regen	1.780	153	8,6%	24	223	12,3%
Rottal-Inn	2.911	55	1,9%	22	447	15,4%
Straubing-Bogen	2.483	194	7,8%	37	338	13,6%

Tabelle 4: Betreuung der Kinder im Alter von unter drei Jahren in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern

Quelle: eigene Angaben der Kreise

2.11 Bevölkerungsvorausberechnungen

Für Niederbayern wurden in den letzten Jahren Bevölkerungsvorausberechnungen vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, von der Bertelsmann Stiftung und vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung veröffentlicht. Die Ergebnisse der Bertelsmann Stiftung liegen zwischen denen der beiden anderen Studien; sie werden hier dargestellt. Näheres zum Vergleich der Vorausberechnungen findet sich in der Langfassung der Studie.

Die Ergebnisse zeigen für die Kreise Niederbayerns ein sehr unterschiedliches Bild, mit einer Entwicklung des künftigen Bevölkerungsstandes zwischen -7,5% und 6,9% innerhalb von zwei Jahrzehnten. Die ungünstigsten Perspektiven ergaben sich dabei für die an der Grenze zu Tschechien liegenden Kreise.

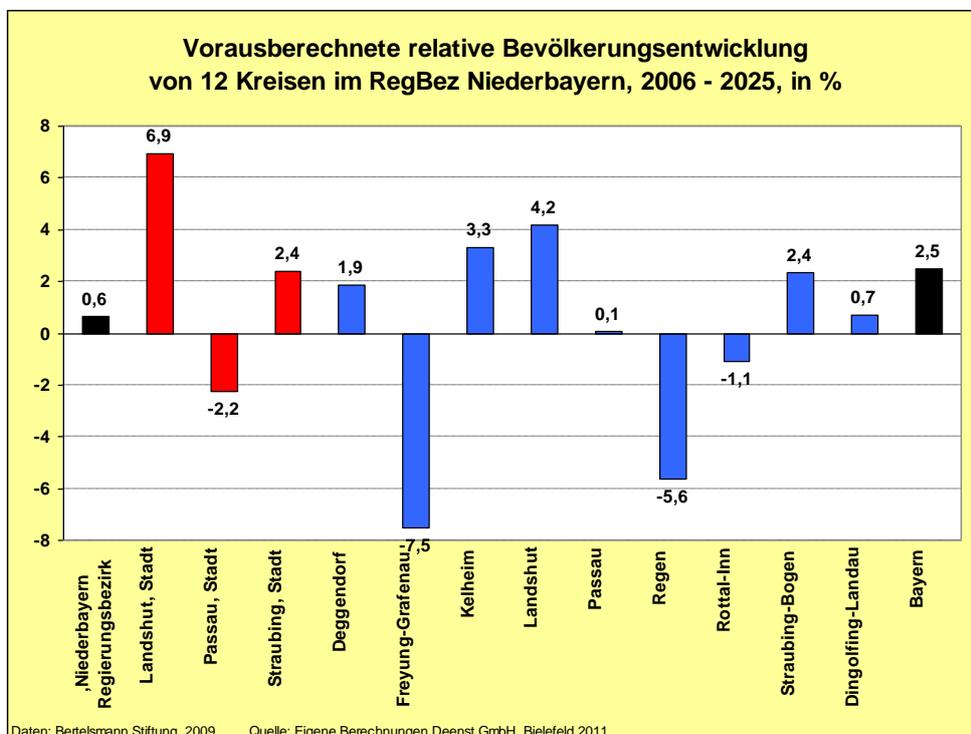


Abbildung 20 Vorausberechnete relative Bevölkerungsentwicklung für die Kreise im Regierungsbezirk Niederbayern, 2006 – 2025, in %

Für Bayern wird von 2006 bis 2025 ein Bevölkerungszuwachs von 2,5% erwartet, für den vor allem ein Bevölkerungswachstum von 8,4% in Oberbayern ausschlaggebend ist. Deutschland hat dagegen mit einem Rückgang der Einwohnerzahl um 2,0% zu rechnen.

In diesem Zeitraum wird in Bayern das Medianalter um etwas mehr als 5 Jahre auf 46,1 Jahre steigen. Für Deutschland wurde ein Anstieg um 5,4 Jahre auf 47,2 Jahre vorausberechnet. Für Niederbayern ist ein Anstieg um gut 6 Jahre auf 48,1 Jahre zu erwarten.

Im Herbst 2011 wird die Bertelsmann Stiftung im „Wegweiser Kommune“ eine Neuauflage ihrer Bevölkerungsvorausrechnungen veröffentlichen, die auf den empirischen Daten bis zum 31.12.2009 aufbaut und bis zum Jahr 2030 reicht.

3. Bestandsaufnahme für Niederbayerns Nachbarregionen

Oberbayern ist die Region innerhalb Bayerns, für die das insgesamt größte Bevölkerungszuwachs zu erwarten ist. Dabei profitiert Oberbayern klar von Wanderungsgewinnen. Der Regierungsbezirk profitiert als bisher einziger auch deutlich von innerbayerischen Wanderungen. Bei den Wanderungssalden für den Regierungsbezirk Oberbayern ist zu erkennen, dass die Zuzüge im Bereich der 20- bis 35jährigen deutlich über den Fortzügen liegen.

Die Bevölkerung in der Oberpfalz hat insgesamt im Laufe der letzten fünf Jahre immer mehr abgenommen. Das noch bis zum Jahr 2006 stattfindende Wachstum war maßgeblich auf Wanderungsgewinne zurückzuführen, da der natürliche Bevölkerungssaldo überwiegend negativ war.

In den tschechischen Regionen Südböhmen und Pilsen stieg die Einwohnerzahl in den Jahren von 2006 bis 2010 an. Im Vergleich der Jahre 2006 bis 2010 fällt auf, dass die absolute Geburtenzahl sowohl in Südböhmen als auch in Pilsen angestiegen ist. Das Bevölkerungswachstum in den beiden Regionen ist auf ein inneres Wachstum der Bevölkerung zurückzuführen. Dies bedeutet, dass es mehr Geburten als Sterbefälle gibt und die natürlichen Bewegungen ein weitaus größeres Gewicht haben als die Wanderungen. Bei den Wanderungssalden ergibt sich zwar kein einheitliches Bild, jedoch sind die Wanderungssalden zumeist positiv, es gibt somit mehr Zuwanderungen als Abwanderungen.

Statistik Austria führt die Bevölkerungszuwächse in Österreich auf die positiven Wanderungsbilanzen mit dem Ausland zurück. So stieg die Bevölkerungszahl im Jahr 2009 um gut 20.000 Personen an. Für Oberösterreich geht Statistik Austria auch weiterhin von einem Bevölkerungszuwachs aus, dieser soll jedoch weniger stark ausfallen als jener für Österreich insgesamt. Die Bevölkerung Österreichs ist seit den 1990er Jahren deutlich angestiegen, obwohl die Zahl der Lebendgeborenen drastisch zurückgegangen ist. Der natürliche Saldo (Geburten minus Sterbefälle) ist oftmals zwar noch positiv, aber Werte wie in den 1950er Jahren wurden schon lange nicht mehr erreicht. Diesen Ergebnissen nach ist der Zuwachs der Bevölkerung in Österreich überwiegend nicht auf die Geburtenüberschüsse (über die Sterbefälle) zurückzuführen. Für Österreich insgesamt fällt der Wanderungssaldo mit dem Ausland seit dem Jahr 2001 deutlich positiv aus. Der Höchstwert wurde im Jahr 2004 mit einem positiven Wanderungssaldo von 50.826 registriert. Einen kleinen Einbruch gab es im Jahr 2006, als der Wanderungssaldo zwischenzeitlich auf 24.103 sank.

Geburtenentwicklung in den bayerischen Regierungsbezirken

Die Geburtenhäufigkeit in Niederbayern bewegt sich mit 8,1 Geburten je 1.000 Einwohnern im Durchschnitt der anderen bayerischen Regierungsbezirke, ohne Oberbayern.

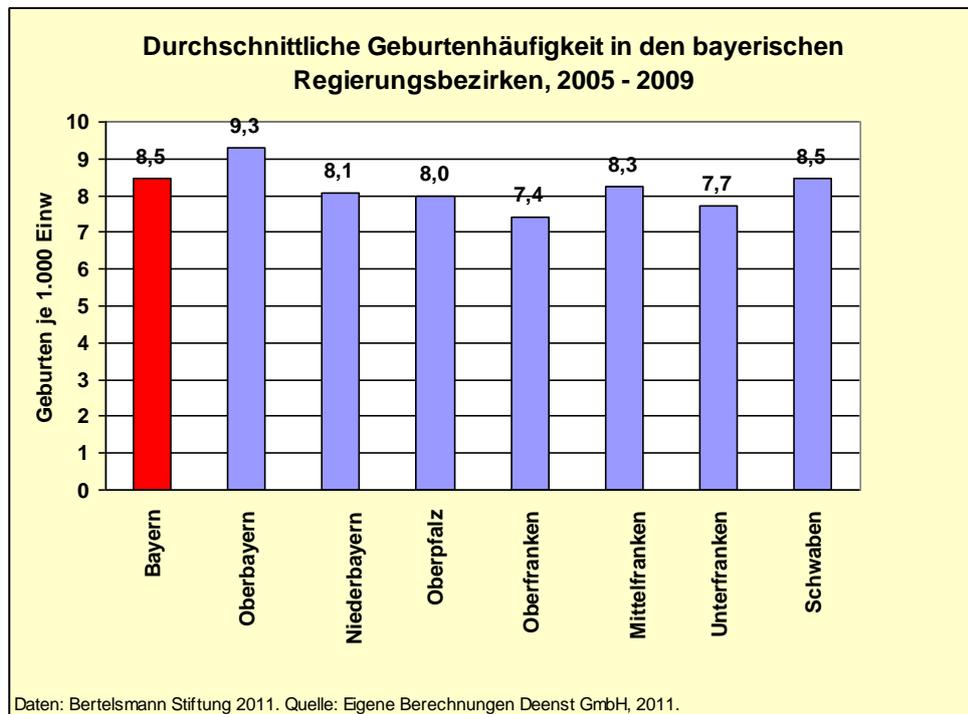


Abbildung 21 Durchschnittliche Geburtenhäufigkeit in den bayerischen Regierungsbezirken, 2005 - 2009

Bei einem Vergleich der relativen Entwicklung der Geburtenzahlen in den bayerischen Regierungsbezirken fällt auf, dass Unterfranken und Niederbayern die ungünstigste Entwicklung zu verzeichnen haben. In Niederbayern betrug der Rückgang ca. 8% innerhalb von nur 4 Jahren, wobei besonders die Kalenderjahre 2006 und 2009 eine deutliche Abnahme brachten. Diese beiden Jahre waren auch in anderen bayerischen Regierungsbezirken ungünstig, aber nicht in dem Ausmaß wie in Niederbayern.

In allen bayerischen Regierungsbezirken ging parallel zur Anzahl der Geburten die Anzahl der Frauen im 3. und 4. Lebensjahrzehnt zurück. Die relativen Rückgänge von 2005 bis 2009 betragen zwischen ca. 7% und 13%, mit der Ausnahme Oberbayerns, wo der Rückgang nur etwa 4% betrug. Hier gab es ab 2006 einen „Knick“, der vor allem auf die in diesem Jahr in der Landeshauptstadt eingeführte Zweitwohnsitzsteuer zurückzuführen sein dürfte; dazu stehen ausführliche Analysen in der Langfassung.

Das durchschnittliche Geburtsalter der Frauen unterscheidet sich zwischen den Regierungsbezirken Bayerns deutlich. Das höchste durchschnittliche Geburtsalter im Jahr 2009 wurde in Oberbayern erreicht. Dort waren die Frauen bei Geburt im Durchschnitt 31,7 Jahre alt. Es folgt Schwaben, wo das durchschnittliche Geburtsalter bei 30,7 Jahren lag. Somit waren die

schwäbischen Frauen bei der Geburt im Durchschnitt ein Jahr jünger als ihre oberbayerischen Landsfrauen. In Oberfranken war das Geburtsalter mit 30,2 Jahren am niedrigsten.

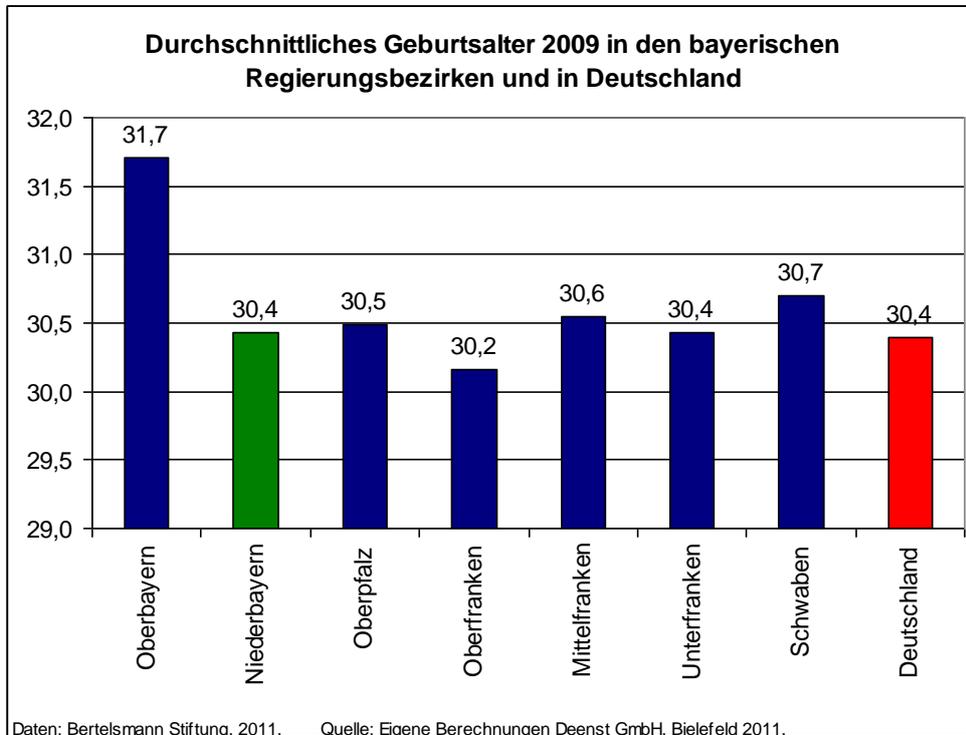


Abbildung 22 Durchschnittliches Geburtsalter 2009 in den bayerischen Regierungsbezirken und in Deutschland

4. Handlungsstrategien zur Wiedererlangung einer bestandserhaltenden Geburtenrate

Seit sich in Deutschland die Erkenntnis durchzusetzen beginnt, dass der Demographische Wandel keine vorübergehende Erscheinung ist, die vielleicht schon im nächsten Konjunkturaufschwung wieder von der politischen Agenda verschwinden könnte, wurde vor allem auf kommunaler Ebene eine Fülle von Projekten, Initiativen und Programmen zur Gestaltung der demographischen Entwicklung auf den Weg gebracht. Man könnte deshalb den Eindruck gewinnen, dass das Problem mit der Umsetzung der zahlreichen Vorhaben schon so gut wie „gelöst“ sei.

Jede dieser Maßnahmen ist zwar schon allein dadurch sinnvoll, dass sie zur Verbesserung der Lebensbedingungen beiträgt. So hat der Demographische Wandel zwar eine Welle durchgreifender Modernisierungsaktivitäten ausgelöst, die es ohne ihn wohl nicht gegeben hätte. Aber das genügt nicht, um von einer „Lösung“ der demographischen Probleme sprechen zu können. Denn nahezu alle Reformvorhaben dienen in erster Linie dem Ziel, die Lebensbedingungen an die vom Demographischen Wandel hervorgerufenen Veränderungen anzupassen, ohne auf die eigentliche Ursache des Wandels Einfluss zu nehmen. Je mehr Anpassungsaktivitäten in einem Gebiet entfaltet werden, desto größer ist die Gefahr, dass die zu niedrige Geburtenrate als zentrales Problem aus dem Blick gerät.

Deshalb sollen hier die Strategien und Maßnahmen hervorgehoben werden, mit denen sich eine Erhöhung der Geburtenrate erreichen lässt. Der Blick auf diese Hauptursache der demographischen Probleme ist auch deshalb wichtig, weil sich bei jeder eingesetzten Maßnahme die Frage der Erfolgsaussichten und der Erfolgskontrolle stellt. Wichtig ist dabei ein Vergleich der Wirksamkeit der miteinander konkurrierenden Strategien: Wie wirkt sich beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt eine Erhöhung der Zuwanderungen oder eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote im Vergleich zu einer Erhöhung der Geburtenrate auf die Verfügbarkeit von Arbeitskräften aus?

Da auf jede Geburt auf regionaler und kommunaler Ebene in der Regel fünf bis zehn Zuwanderungen entfallen, hat die Zuwanderungspolitik als Instrument der Arbeitsmarktpolitik gegenüber der Geburtenpolitik den Vorteil des größeren Hebels und der schnelleren Wirksamkeit: Die Zuwanderer stehen gegebenenfalls sofort zur Verfügung, während die Geborenen erst mit einer Zeitverzögerung von 15, 20 oder mehr Jahren auf dem Arbeitsmarkt ankommen. Da aber jeder Zuwanderer geboren werden muss, nimmt das in Zukunft verfügbare Zuzugspotential im gleichen Maße ab wie die Geburtenzahl. Die Zuwanderer aus der deutschen Binnenwanderung rekrutieren sich zum großen Teil aus der Altersgruppe der 20-

bis 30jährigen. Deren Zahl sinkt nach den Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes von 2010 bis 2020 um rd. 1,2 Mio., bis 2060³ um 3,5 Mio. Will man die künftig im Inland nicht zur Verfügung stehenden Fachkräfte nicht durch Einwanderer aus dem Ausland ersetzen, so bleibt - von einer Erhöhung der Frauenerwerbsquote und einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit abgesehen - nur der Weg einer kontinuierlichen Erhöhung der Geburtenrate.

Die dafür in Frage kommenden Instrumente sollen hier nur überblicksartig zusammengefasst werden, zumal mit diesen Instrumenten in erster Linie die überörtlichen, meist sozialpolitischen Rahmenbedingungen des generativen Verhaltens gestaltet werden. Dabei können zwar auch die Kommunen und Regionen Initiativen zu gesetzlichen Änderungen ergreifen, aber sie haben auf diesem Gebiet keine eigene Gesetzgebungskompetenz.

(1) Die nächstliegende, vielleicht wichtigste und lange überfällige Maßnahme besteht in der Beendigung der vom Bundesverfassungsgericht als grundgesetzwidrig verurteilten Verletzung des Familienschutzes (Art. 6, Abs. 1 GG, sogenanntes „Trümmerfrauenurteil“ vom 7.7.1992). Auch im Urteil zur Pflegeversicherung vom 3.4.2001 hat das Bundesverfassungsgericht einige dem Ziel der Familiengerechtigkeit dienende Reformen bei der Beitragsfestsetzung in der gesetzlichen Pflege-, Kranken- und Rentenversicherung gefordert, die bisher von der Politik nicht ausreichend bzw. überhaupt nicht umgesetzt wurden. Nach dem „Pflegeurteil“ ist die gesetzliche Pflegeversicherung (nach dem Urteil darüber hinaus auch die gesetzliche Renten- und Krankenversicherung) verfassungswidrig, weil sie Menschen ohne Kinder in einer den Gleichheitsgrundsatz verletzenden Weise bevorzugt, wenn die Menschen lediglich durch ihre monetären Beiträge zur Pflegeversicherung schon die gleichen Ansprüche erwerben wie andere, die durch die Erziehung von Kindern als den künftigen Beitragszahlern auch die vom Gericht als „generativen Beitrag“ bezeichnete Leistung erbringen, ohne die das umlagefinanzierte System der Pflegeversicherung – aber auch das System der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung – zusammenbräche.

(2) Eine weitere Maßnahmengruppe, bei der die Kommunen eine hohe Gestaltungskompetenz haben, ist die Schaffung von Betreuungseinrichtungen für Kinder ab dem Vorschulalter mit gut ausgebildeten Fachkräften wie dies beispielsweise in Frankreich (Écoles Maternelles) oder den skandinavischen Ländern geschieht.

(3) Erforderlich ist eine Ergänzung des Finanzausgleichs auf allen Ebenen mit demographischen Indikatoren, nach denen der zusätzliche Finanzbedarf bewertet werden kann, der durch Geburtenrückgang, Abwanderungsüberschüsse und durch Alterung sowie durch

³ Statistisches Bundesamt, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009, S. 17

geringere Siedlungsdichte entsteht. Dies würde eine wesentliche Erweiterung des Demographiefaktors im bayerischen Finanzausgleichsgesetz (FAG) bedeuten.

(4) Anzustreben ist eine stärkere Konzentration der staatlichen Ehe- und Familienförderung auf Kinder statt auf Ehe, wie es z.B. in Frankreich der Fall ist.

(5) Eine besonders wichtige und wirksame Maßnahme ist die von den Verfassern vorgeschlagene Gewährung eines Vorrangs für Eltern bei der Vergabe von Arbeitsplätzen im Falle gleich qualifizierter Bewerber. Darin läge keine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes der Verfassung, vielmehr würde dadurch das Gleichheitsgebot erst erfüllt. Denn aus rechtlicher Sicht wird das Gleichheitsgebot der Verfassung dann verletzt, wenn ungleiche Sachverhalte unterschiedslos gleich behandelt werden. Die Umsetzung des Prinzips „Vorrang für Eltern“, die Kinder erziehen oder andere Familienlasten tragen, beispielsweise Angehörige pflegen, lässt sich zwar rechtlich nicht erzwingen, weil seine Einhaltung nur schwer kontrolliert werden kann. Aber wesentlich erfolgversprechender wäre hier ohnehin eine freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen, allen voran der Arbeitgeber im öffentlichen Dienst, weil dies einen Bewusstseinswandel herbeiführen würde, ohne den eine Änderung des generativen Verhaltens im Sinne einer Erhöhung der Geburtenrate nicht möglich und auch nicht wünschenswert wäre.

(6) Die Einführung von Mütterquoten in Ergänzung (nicht als Ersatz) der bisher in der Arbeitswelt praktizierten Frauenquoten müsste eigentlich im Sinne all jener Frauen sein, denen die Doppelbelastung der Frauen durch Familienarbeit bei gleichzeitiger Erwerbsarbeit bewusst ist.

(7) Quer über alle im Bundestag vertretenen Parteien wird die Einführung eines aktiven Wahlrechts durch die Eltern für ihre noch nicht wahlberechtigten Kinder diskutiert⁴. Dafür wäre eine Grundgesetzänderung erforderlich, für die die dafür benötigte Zweidrittelmehrheit (noch nicht) gegeben ist. Gegen diesen Vorschlag werden häufig Einwendungen erhoben, weil eine solche Maßnahme angeblich die Verfassung verletzen würde. Zu diesem Punkt kann hier der frühere Verfassungsrichter Paul Kirchhof zitiert werden:

„Die Demokratie folgt dem Prinzip: Ein Mensch - eine Stimme. Ein Kind ist ein Mensch, sogar der Mensch, der von den politischen Grundsatzentscheidungen - über Friedenspolitik, Umweltschutz, Bildungssysteme, Generationenvertrag, Staatsverschuldung - noch länger betroffen ist als die bisher Wahlberechtigten. Selbstverständlich kann der Minderjährige sein Wahlrecht noch nicht ausüben, soweit ihm dazu die Verstandesreife, die Mündigkeit fehlt. Die eigene Ausübung des Wahlrechts hängt deshalb von der Vollendung der Volljährigkeit - meist des 18. Lebensjahres - ab. Doch die fehlende Fähigkeit, ein Recht auszuüben, hindert

⁴ s. Bundestagsdrucksache 16/9868, „Der Zukunft eine Stimme geben – Für ein Wahlrecht von Geburt an“

nicht die Berechtigung. Wie ein Säugling Eigentümer sein kann, in seinen Eigentumsrechten aber von seinen Eltern vertreten wird, so könnte ein Kind auch wahlberechtigt sein, wobei das Wahlrecht durch seine Eltern - wegen des Wahlgeheimnisses von Vater und Mutter mit je einer halben Stimme - ausgeübt wird. Das Prinzip der Unmittelbarkeit der Wahl wäre weniger betroffen als durch Koalitionsverhandlungen nach der Wahl. Damit sind die Kinder nicht mehr Staatsbürger minderen Rechts. Das Parlament ist auch von den kommenden, hochbetroffenen Generationen legitimiert. Wahlkandidaten und Parteien suchen ihre Themen und ihre Programme vermehrt in Wachstum und Zukunft durch das Kind. Die Familie rückt auch politisch in die Mitte von Gesellschaft und Staat. Der demokratische Grundsatz der Wahlgleichheit gewinnt eine noch ungewohnte, aber zukunftsorientierte Bedeutung.“⁵.

⁵ Paul Kirchhof, Das Kind als Garant der Zukunft. In: Corinne Michaela Flick (Hrsg): Das demographische Problem als Gefahr für Rechtskultur und Wirtschaft, München 2010, S. 88-89

5. Entwurf von Handlungskonzeptionen für Kommunen, nichtstaatliche Akteure und Unternehmen

Handlungskonzeptionen dienen zur zielgerechten Auswahl und gegenseitigen Abstimmung der Maßnahmen zur Erreichung der Ziele, die sich aus den Leitbildern der angestrebten Entwicklung ableiten lassen. Handlungskonzeptionen, die dem Leitbild einer langfristig stabilen demographischen Entwicklung ohne Bevölkerungsschrumpfung bei ausgeglichener Wanderungsbilanz dienen, umfassen folgende drei Gruppen von Maßnahmen:

1. Maßnahmen zur Erreichung einer Geburtenrate auf bestandserhaltendem Niveau,
2. Maßnahmen zur Förderung der Zuwanderungen und
3. Maßnahmen zur Vermeidung von Abwanderungen bzw. zur Förderung der Ansiedlungsbereitschaft von Menschen und Unternehmen.

Dieser Maßnahmenkatalog kann durch eine vierte Maßnahmengruppe vervollständigt werden, die jedoch dem ohnehin angestrebten Ziel der Erhöhung der Lebenserwartung durch eine Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung dienen.

Die Geburtenrate wird in Deutschland vor allem durch die gesamtstaatlichen Rahmenbedingungen im Rahmen der Sozialpolitik beeinflusst, besonders stark auch durch Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Außenwanderungspolitik. Diese Politikfelder liegen weitgehend außerhalb der direkten kommunalen und regionalen Gestaltungskompetenz. Da jedoch die von den Kommunen gestalteten regionalen und lokalen Lebensbedingungen, beispielsweise die Verfügbarkeit und Stabilität von Arbeitsplätzen, das Angebot an Betreuungseinrichtungen für Kinder und die Qualität der Schulen, für die Verwirklichung von Kinderwünschen von großer Bedeutung sind, lassen sich die Wirkungen der im folgenden vorgeschlagenen Maßnahmen nicht scharf voneinander trennen.

Die Auswirkungen der verschiedenen Einzelmaßnahmen zur Erhöhung der Geburtenrate, zur Förderung der Zuwanderungen und zur Vermeidung von Abwanderungen überschneiden und überlagern sich so stark, dass es einer übergeordneten Handlungskonzeption bedarf, die dem spezifisch demographischen Charakter der angestrebten Ziele gerecht wird. Anders als Konsumgüter können Kinder nicht wieder abgestoßen werden, wenn die Eltern ihrer überdrüssig geworden sind und sie ihren Wünschen und Lebenszielen nicht mehr entsprechen. Kinder zu haben bedeutet, sich im Lebenslauf langfristig festzulegen und seine Anpassungsfähigkeit beispielsweise an die Erfordernisse des Arbeitsmarktes durch einen Wechsel des Wohn- oder Arbeitsortes zum Teil einzubüßen.

Eine Handlungskonzeption für das Erreichen demographischer Ziele muss sich deshalb an der Frage orientieren, wie sich die jeweilige Maßnahme auf die Bereitschaft der Menschen

auswirkt, langfristige Festlegungen im Lebenslauf zu treffen, sei es durch Bindungen an einen Partner oder durch die besondere, das ganze Leben umfassende Festlegung in Form der Übernahme von Elternschaft durch Kinder.

Langfristige Festlegungen im Lebenslauf in unserer dynamischen Lebens- und Arbeitswelt bergen Risiken, durch die sich nicht nur die Anpassungsfähigkeit, Flexibilität und Mobilität der Individuen verringert, sondern auch die biographische Wahlfreiheit und die Vielfalt der Optionen bei der Gestaltung der Lebensläufe. Die durch Kinder erweiterte Lebenswelt und der durch sie gewonnene Reichtum an Erlebnissen und Erfahrungen wiegen die Festlegungsrisiken im Urteil der Menschen offenbar nicht auf, so dass die Verwirklichung von Kinderwünschen aufgeschoben und schließlich ganz aufgegeben wird.⁶

Die im folgenden vorgeschlagene Maßnahme zur Förderung des Erwerbs von Wohneigentum orientiert sich an dem Bedürfnis der Menschen nach biographischer Planungssicherheit, ohne die eine bewusste Entscheidung für Kinder nicht erwartet werden kann. Gleichzeitig dient die Maßnahme dem Ziel einer Verringerung der Abwanderungen und der Förderung der Zuwanderungen. Die jährliche Zahl der Abwanderungen junger Menschen ist in vielen Gemeinden fünf- bis zehn mal so groß wie die jährliche Zahl der Geburten. Das Ziel einer langfristig ausgeglichenen Bevölkerungs-, Geburten- und Wanderungsbilanz lässt sich daher besonders wirksam durch eine Verringerung der Abwanderung junger Menschen erreichen.

Insbesondere wenn es gelingt, wegzugsbereite Menschen im Elternalter in der Region zu halten, verbessert sich neben der Wanderungsbilanz auch die Geburtenbilanz, weil dann die Kinder der potentiellen Abwanderer in der Region und nicht außerhalb der Region geboren werden. In der Regionaldemographie wird die unmittelbare Veränderung der Wanderungsbilanz durch Zu- und Abwanderungen als „direkte Auswirkung“ oder „Primärwirkung“ und die dadurch mittelbar hervorgerufene Veränderung der Geburtenbilanz als „indirekte Auswirkung“ oder „Sekundärwirkung“ bezeichnet. Betrachtet man die direkten und indirekten Auswirkungen über einen längeren Zeitraum, können die Sekundärwirkungen der Migration ihre Primärwirkungen um ein Vielfaches übertreffen. Deshalb ist die Abwanderung junger Frauen beispielsweise aus Mecklenburg-Vorpommern für die Bevölkerungsentwicklung des Landes so gravierend negativ, dass eine irreversible Schrumpfung (mit allen Folgen beispielsweise für die Wirtschaft des Landes) unausweichlich ist.

Junge Menschen, die nach Abschluss ihrer Ausbildung eine Wahlentscheidung über den Arbeitsplatz und Arbeitsort treffen, wählen damit in den meisten Fällen zugleich auch ihren späteren Wohnort und Lebensmittelpunkt. Diese Entscheidung in der frühen Phase des Lebenslaufs wirkt sich wie eine Weichenstellung bzw. wie eine langfristige Festlegung mit

⁶ Vgl. H. Birg, Die ausgefallene Generation, München 2006

weitreichenden Folgewirkungen auf die gesamte Biographie aus. Die Bedeutung dieser Eröffnungsentscheidung am Beginn des Lebenslaufs ist um so größer, als in dieser Phase des Lebenslauf in der Regel auch über die Bindung an einen Lebenspartner bzw. die Gründung einer Familie entschieden wird.

Ob die Entscheidung über den Ort des Arbeitsplatzes bzw. des Wohnorts zugunsten der Herkunftsregion ausfällt oder zur Abwanderung an einen konkurrierenden Standort führt, hängt neben vielen individuellen Faktoren von der Attraktivität der miteinander konkurrierenden Standorte und deren Arbeitsplatz- und Wohnortbedingungen ab. Die Wanderungsentscheidungen können daher durch die Gestaltung der Standortattraktivität beeinflusst werden, insbesondere durch Maßnahmen auf dem Gebiet der Stadtentwicklungspolitik, der Regionalpolitik oder in größerem Rahmen durch Aktivitäten der Regionalen Wirtschaftspolitik, beispielsweise auf der Grundlage der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“.

Eine andere, an den individuellen Entscheidungsbedingungen der Menschen ansetzende Maßnahme ist die Unterstützung junger Menschen, die erst am Beginn ihrer Erwerbsbiographie stehen und in der Regel noch nicht über die finanziellen Mittel zum Erwerb von Wohnungseigentum verfügen. Die individuelle Einkommensentwicklung erreicht in der Regel erst im letzten Drittel der Erwerbsbiographie ein Niveau, das den Erwerb von Wohneigentum bei einem zufriedenstellenden Konsumniveau erlaubt. Die meisten Erwerbstätigen verfügen erst im vierten, fünften oder sechsten Jahrzehnt ihres Lebens über ein Einkommen, dessen Niveau für die Aufnahme von Krediten für den Immobilienerwerb ausreicht. Der dringlichste Einkommensbedarf besteht jedoch gerade umgekehrt in der Anfangsphase der Erwerbsbiographie, in der die Gründung eines eigenen Haushalts mit der Bindung an einen Lebenspartner und die Gründung einer Familie zeitlich zusammenfallen. Jede finanzielle Unterstützung in dieser frühen Phase des Lebenslaufs ist besonders wichtig und entscheidungswirksam, insbesondere im Hinblick auf die Wahl eines Wohn- und Arbeitsorts.

Natürlich birgt die Kreditgewährung an junge Erwerbspersonen mit wenig Berufserfahrung, geringer Arbeitsplatzsicherheit und unterdurchschnittlichem Einkommen besondere Kreditausfallrisiken, die kein Kreditgeber ohne weiteres zu tragen bereit ist. Das Sicherheitsproblem kann jedoch durch eine genossenschaftliche Lösung aufgefangen werden. Die Auswahl der zu begünstigenden Personen sollte dabei von den Arbeitgebern getroffen werden. Sie würden für die betreffende Person einen an den Erwerb einer Wohnimmobilie gebundenen Arbeitgeberkredit bereitstellen. Zur Absicherung des Arbeitgeberdarlehens würde neben einer Hypothek eine eigens für dieses Projekt geschaffene Versicherungslösung treten. Die Gruppe der am Projekt beteiligten Arbeitgeber würden dabei das zu übernehmende Ausfallrisiko durch eine banktechnische Lösung minimieren, die nach

versicherungsmathematischen Kriterien kalkuliert ist. So könnte das Risiko für den Arbeitgeber auf einen Bruchteil des Kredits reduziert werden. Ein Arbeitgeberwechsel wäre stets möglich, indem ein entsprechendes Finanzprodukt geschaffen wird. Es liegt auf der Hand, dass dieses Projekt besonders für die im Rahmen des „Burgas-Projekts“ angeworbenen Auszubildenden aus Bulgarien geeignet wäre.

6. Zentrale Vorschläge und Ergebnisse („Leuchttürme“) der Arbeitskreise für die Region

6.1 Ziele und Ablauf der Arbeitskreise

Auf Anregung der Verfasser der Demographischen Studie wurden in der Region acht Arbeitskreise zu Themenbereichen eingerichtet, die für die weitere Entwicklung der Region relevant sind. An den Arbeitskreisen beteiligten sich u.a. die Landräte, Vertreter der Kammern und Verwaltungen sowie anderer gesellschaftlicher Gruppen, Institutionen und Organisationen (z.B. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Kirchen).

Im Zeitraum von März bis Juni 2011 führten die Arbeitskreise Sitzungen durch mit dem Ziel, konsensfähige Maßnahmen zur Stärkung der Region zu erarbeiten. Die Maßnahmen betreffen sowohl Erwartungen an die Bundes- und Landespolitik als auch Schritte, die innerhalb der Region umzusetzen sind. Mehrere Arbeitskreise planen eine Fortsetzung ihrer Arbeit auch außerhalb des Projekts „Aufbruch jetzt“.

Die vorgeschlagenen Aktionen sollen dazu beitragen, die Attraktivität der Region als Wohn- und Arbeits-Ort“ zu erhöhen und dadurch die Chancen im Wettbewerb mit anderen Regionen zu verbessern.

Auf den folgenden Seiten sind einige, von den Arbeitskreisen selbst als wichtig eingestufte Arbeitsergebnisse dargestellt. Eine komplette Sammlung der Berichte aller Arbeitskreise befindet sich in der Langfassung des Berichts.

Die Inhalte der Berichte der Arbeitskreise liegen in deren Verantwortung.

6.2 AK Bildung und Wissenschaft

6.2.1 Bildung:

Ausgangslage

Die Attraktivität des ländlichen Raumes als Arbeits- und Lebensraum hängt ganz entscheidend von der Bereitstellung wohnortnaher und durch ihre Qualität überzeugender sowie vielseitiger Bildungsangebote ab.

Qualifizierte Schulbildung schafft Grundlagen für berufliche Aus- und Weiterbildung und spätere berufliche Tätigkeiten.

Für einen mittelständisch geprägten Standort wie Niederbayern spielt die Stärkung und Weiterentwicklung der betrieblichen Ausbildung eine große Rolle, damit den Unternehmen praxisnah qualifizierte Arbeitskräfte in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen.

Die berufliche Weiterbildung ist ein zentrales Bildungsinstrument, mit dem auch den Herausforderungen alternder Belegschaften und einem steigenden Bedarfs an Fachkräften in Niederbayern begegnet werden kann.

Forderungen an den Freistaat Bayern

- Bildungspotentiale bestmöglich ausschöpfen - (s. auch Ergebnisse des AK Wirtschaft)
 - Verringerung der Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss.
 - Frühzeitige Förderung von MINT- und Sprachkompetenzen.
 - Mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschulbildung.
 - Berufsschulstandorte zukunftssicher als Kompetenzzentren weiterentwickeln.
 - Menschen mit Migrationshintergrund besser fördern.
- Ausbau der Schulsozialarbeit - (s. auch Ergebnisse des AK Jugend, Senioren, Familie).

Forderungen an die Akteure vor Ort

- Stärkere Vernetzung der Schularten und der Bildungsträger auf Kreis- und Bezirksebene.
- Betriebliche Ausbildung stärken - (s. auch Ergebnisse des AK Wirtschaft).
- Fachkräfte entwickeln durch Weiterbildung - (s. auch Ergebnisse des AK Wirtschaft).
- Erwerbsquote von Frauen und Älteren erhöhen - (s. auch Ergebnisse des AK Wirtschaft).
- Fachkräfte finden, qualifizieren und binden.

6.2.2 Wissenschaft:

Ausgangslage

Die Technologieführerschaft und Innovationskraft in strategischen Bereichen bildet eine wesentliche Grundlage für Bayerns Wohlstand. Diese Spitzenstellung konnte nur durch jahrzehntelange politische Förderung erreicht werden. Eine ihrer Voraussetzungen war jedoch auch ein Umfeld von technischer Exzellenz in Forschung und Lehre an Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Prototypisch dafür sind die Metropolregionen, hier insbesondere die Universitäten in München und Erlangen.

Der Raum Niederbayern erfuhr eine solche politische Förderung bisher nur punktuell.

Zudem droht hier der Demographische Wandel mittel- und langfristig besonders gravierende Auswirkungen zu haben. Ihnen ist nur durch Steigerung der Attraktivität der Region in wirtschaftlicher und damit verbunden auch in kultureller Hinsicht zu begegnen, nicht zuletzt auch auf internationaler Ebene.

Trotz der beschriebenen Ausgangslage ist es immer wieder gelungen, kleine und mittlere Technologieunternehmen, die in nicht wenigen Fällen die internationale Technologie oder Marktführerschaft für sich beanspruchen können, in der Region anzusiedeln bzw. zu halten. Auch dies war und ist eng mit dem wissenschaftlichen Umfeld der niederbayerischen Hochschulen verknüpft, sowohl in den technischen und mathematischen Disziplinen als auch in den Rechts-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kulturwissenschaften. Um eine nachhaltige Trendwende einleiten und den Anschluss an die Führung Bayerns in Technik und Innovation auch langfristig halten zu können, braucht Niederbayern heute mutige politische Entscheidungen und einen deutlichen Impuls in Richtung Wissenschafts- und Technologiestandort.

Der Grundstock ist in Niederbayern mit der Universität Passau, den Hochschulen Deggendorf und Landshut und dem im Aufbau befindlichen Wissenschaftszentrum Straubing bereits gelegt. Die Einrichtungen sind, um den geänderten Anforderungen zu entsprechen, wie nachfolgend dargelegt auszubauen.

Die Zusammenarbeit zwischen den wissenschaftlichen Einrichtungen der Universität Passau, der HAW Deggendorf, der HAW Landshut und dem Wissenschaftszentrum Straubing soll ausgedehnt werden. Als Plattform wird eine mindestens einmal jährlich stattfindende Tagung der niederbayerischen Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen eingerichtet („Niederbayerische Hochschultage“).

Forderungen an den Freistaat Bayern zum Ausbau der niederbayerischen Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen

○ Universität Passau

Die Universität Passau wird zu einer international attraktiven wissenschaftlichen Einrichtung auf dem Gebiet der Wechselwirkungen von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft sowie Rechtsordnung und Bildungssystem einerseits und Informationstechnik, technischer Innovation und Wissensgesellschaft andererseits unter besonderer Berücksichtigung von Kulturräumen, Medien und Kommunikation ausgebaut.

- Umsetzung des Konzepts Technik Plus; u.a. Einrichtung von sieben zusätzlichen Lehrstühlen im Bereich Informationstechnik und Internet Science sowie weiteren Lehrstühlen in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften;
- Ausbau des Lehrangebots in den Bereichen Embedded Systems Engineering, Intelligent Energy Management und Internet Science, vorzugsweise in Form interdisziplinärer internationaler Studiengänge;
- Unterstützung der Internationalisierung; Aufbau neuer internationaler Studiengänge;
- Einrichtung eines Transferzentrums Technik und Innovation der Universität Passau und der HAW Deggendorf mit Hauptsitz in Passau und Standorten in Passau und Deggendorf.

○ Wissenschaftszentrum Straubing

Das Wissenschaftszentrum Straubing mit dem Schwerpunkt Nachwachsende Rohstoffe wird weiterentwickelt zu einer europaweit führenden Forschungseinrichtung auf dem Gebiet der „nachhaltigen Chemie“.

- Komplettierung des wissenschaftlichen Profils durch die Etablierung von insgesamt sechs neuen Lehrstühlen der Technischen Universität München und der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf am Standort Straubing;
- Ausbau des Lehrangebots zum Thema Nachwachsende Rohstoffe durch die Weiterentwicklung des bestehenden Masterstudienganges "Nachwachsende Rohstoffe" und Etablierung eines Bachelorstudienganges in demselben Feld;
- Einrichtung eines gemeinsamen Graduiertenkollegs zur „Bereitstellung und Nutzung regenerativer Ressourcen für die chemische Industrie in Bayern bis zum Jahr 2050“ mit Beteiligung aller am Wissenschaftszentrum Straubing aktiven Hochschullehrer;

- Weiterführende Aktivitäten zur Etablierung gemeinsamer strukturbildender Forschungsverbände im Bereich der Energiebereitstellung und des Energiemanagements sind in Zusammenarbeit mit den Partnerhochschulen des Wissenschaftszentrums Straubing und den in Niederbayern ansässigen wissenschaftlichen Einrichtungen anvisiert;
 - Stärkung der angewandten Forschung und damit der Innovationskraft der niederbayerischen Industrie durch den Ausbau der Fraunhofer Projektgruppe BioCat zu einem eigenen unabhängigen Fraunhofer Institut.
- Hochschule für angewandte Wissenschaften (HAW) Deggendorf
 - Einrichtung eines Standorts des Transferzentrums Technik und Innovation an der HAW Deggendorf mit Infrastruktur für Intelligente Messtechnik, Eingebettete Systeme und Planungs- und Organisationssysteme;
 - Einrichtung neuer Professuren an der HAW Deggendorf für die Bereiche:
 - Sensorik und Bildverarbeitung
 - Sensorik für Umweltmanagement sowie Fernerkundung
 - Trusting Computing Systems und Informationssicherheit
 - Automobilelektronik für Elektrofahrzeuge
 - Leistungselektronik für Elektrofahrzeuge
 - Logistik und nachhaltiger Verkehr/ Mobilität;
 - Einrichtung von Fraunhofer-Anwendungszentren für:
 - Mobile intelligente eingebettete Systeme ggf. in Zusammenarbeit mit der Uni Passau
 - optische Technologien, Messtechnik
 - Röntgencomputertomografie.
- Hochschule für angewandte Wissenschaften (HAW) Landshut
 - Ausbau der Zusammenarbeit der Universität Passau, des Wissenschaftszentrums Straubing und der HAW Landshut (1 Professur);
 - Aufbau und Entwicklung des Forschungsschwerpunktes "Erneuerbare Energie und Materialwissenschaft" mit dem besonderen Schwerpunkt moderner Speichertechnologien;
 - Erweiterung des wissenschaftlich, technologischen Profils in der Elektromobilität (1 Professur);
 - Ausbau des Clusternetzwerkes "Leichtbau" mit dem besonderen Schwerpunkt "Faserverbundwerkstoffe und Hybride Strukturen" (1 Professur);

- Ausbau des Clusternetzwerkes "Mikrosystemtechnik" mit den besonderen Schwerpunkten "Medizintechnik" und "Aufbau- und Verbindungstechnik";
 - Aufbau eines Bildungsangebotes in Themenbereich "Gesundheit, Pflege, Vorsorge" (3 Professuren);
 - Aufbau eines internationalen Bildungsprogramms im Themenbereich "Electronic Product Engineering" (1 Professur).
- Standort Kelheim:
 - Errichtung einer externen Professur durch die TU München zur nachhaltigen Entwicklung von High-Tech-Fasern in Kelheim.
 - Kooperative Promotionen:
 - Aufgreifen geeigneter fachlicher Anknüpfungspunkte bei den beteiligten Wissenschaftlern;
 - Bereitstellung eines Förderbetrages, der zu gleichen Teilen an die beteiligten Hochschulen geht;
 - Fortgeltung der einschlägigen Promotionsordnungen der beteiligten Hochschulen.

6.3 AK Wirtschaft, Technik, Infrastruktur

Ausgangslage

Der Demographische Wandel stellt Niederbayern vor große Herausforderungen. Die bevorstehenden Veränderungen sind in den Ausarbeitungen von Prof. Birg und der Deenst GmbH umfassend beschrieben.

Schon heute müssen sich die Unternehmen auf die bereits begonnene spürbare Alterung der Belegschaften einstellen. Hinzu kommt, dass aufgrund des technologischen Fortschritts der Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften weiter ansteigen wird.

Nach den Ergebnissen des IHK-Fachkräftemonitors Bayern werden schon im Jahr 2014 in Niederbayern mehr als 28.000 Fachkräfte fehlen, 2022 werden es bereits 46.000 qualifizierte Arbeitskräfte weniger sein.

Die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist eines der Zukunftsthemen, das nicht nur die Unternehmen sondern auch die Politik fordert. Denn nachhaltiges Wachstum und damit verbunden die Aufrechterhaltung unserer sozialen Sicherungssysteme kann nur erfolgen, wenn den Betrieben die dafür erforderlichen Fachkräfte zur Verfügung stehen. Andernfalls werden Wachstums- und Innovationspotentiale verschenkt. Daraus resultieren Wohlstands-

einbußen, steigende Sozialbeiträge und schlechtere Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte.

Gerade für die Region Niederbayern, die durch einen produktionstechnisch orientierten Mittelstand, aber auch durch große Industriebetriebe geprägt ist, sind nicht nur akademische Mitarbeiter, sondern vor allem Fachkräfte mit einer dualen Ausbildung und mit Weiterbildungsabschlüssen von besonderer Bedeutung.

6.3.1 Sicherung des Fachkräftebedarfs

- Bildungspotentiale bestmöglich ausschöpfen,
u.a. Schul- und Studienabbrecherquote verringern.
- Betriebliche Ausbildung stärken,
u.a. Betriebe unterstützen für die Ausbildung von Jugendlichen mit mangelnder Ausbildungsreife.
- Fachkräfte entwickeln durch Weiterbildung.
- Erwerbsquote von Frauen und Älteren erhöhen,
u.a. Kinderbetreuungsangebote weiter optimieren.
- Menschen mit Migrationshintergrund besser fördern.
- Bedarfsgerechte Zuwanderung von Fachkräften ermöglichen
 - ausländische Fachkräfte sind willkommen
 - Integration der Zuwanderer intensiv begleiten
 - Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit muss Ende 2011 für alle EU-Staaten enden
 - Absenkung der Einkommensschwelle für Hochqualifizierte
 - Investitionen in bedarfsgerechte Ausbildung in den Herkunftsländern.
- weiter verstärkte Unterstützung von Existenzgründern und Unternehmensnachfolge.
- Verhinderung der Abwanderung, indem mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für Hochqualifizierte geschaffen werden.

6.3.2 Regionalförderung

- Der Regierungsbezirk muss mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um mögliche Zuschüsse auch gewähren zu können. Derzeit fehlen Finanzmittel, um die Fördersätze gewähren zu können. Beispiel:
Innovationsgutscheine zur Technologieförderung in Höhe von jeweils 7.500 € mit

einem Fördersatz von 50% wurden an einige Unternehmen nicht ausgezahlt, obwohl sie bewilligt worden waren.

- Rahmenprogramm der Gemeinschaftsaufgabe (GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“: Faktoren „finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommune“ und „durchschnittlicher Bruttolohn der Einwohner“ müssen in die Berechnung einfließen.
- Mindestinvestitionssumme der Regionalförderung senken: von 250.000 € auf 100.000 €.
- Herabsetzung der Grenze bei Existenzgründern von 100.000 € auf 50.000 €.
- Risikokapitalfonds für kleinere Vorhaben unter Beteiligung des Freistaates mit Option der Aufstockung durch Landkreise / Sparkassen / sonstige Partner.
- Kennzahlen für Förderungen überdenken: nach welchen Kriterien sollten Fördergelder vergeben werden? (Arbeitslosenquote? Demographische Veränderungen berücksichtigen!).
- Erhalt und Ausbau der Förderprogramme, z.B.:
 - **ZIM Solo:**
Über Euronorm bzw. VDI/VDE wurden einige Förderanträge gestellt, die mit ca. 35 bis 40 % auf die förderfähigen Kosten bezuschusst werden. Ansatzfähig sind bei innovativen Projekten insbesondere Personalkosten von Projektmitarbeitern sowie übrige Kosten (zu 100%).
 - **Europäische Förderprogramme (insbesondere 7.FRP+ Forschung für KMU-Betriebe):**
Es bestehen gute Kontakte zu verschiedensten Organisationen (Bayerische Forschungsallianz, Bayern Innovativ, Clustergesellschaften etc.), Betriebe werden bedarfsgerecht mit Unterstützung dieser Fachinstitutionen beraten.

6.3.3 Projekte aus der Region

- E-Wald (Bayerischer Wald als Modellregion für Elektromobilität):
Zügig aufbauen!
- Green Chemistry Belt (BioCampus Straubing; Veredelung der nachwachsenden Rohstoffe entlang der Donau).
- Kompetenzzentrum „nachhaltige High-Tech-Fasern Kelheim“.

- Ausbau zur Bildungs- und Innovationsregion Niederbayern (siehe AK Bildung).
- Weiterer Ausbau der Technologie-Standorte der Hochschulen Deggendorf und Landshut.
- Einrichtung einer Regionalen Entwicklungsagentur.
- Verstärkung der Innovations- und Forschungsförderung.
- Dauerhafte finanzielle Absicherung der regionalen Cluster (Leichtbau, Mechatronik, Mikrosystemtechnik, C.A.R.M.E.N. (Centrales Agrar-Rohstoff-Marketing- und Entwicklungs-Netzwerk e.V.)⁷, Nachwachsende Rohstoffe, Bionik, Glas).
- Nachhaltige Sicherung regionaler Netzwerke: Forst und Holz Bayerischer Wald, Netzwerk Glas.
- Dauerhafte Absicherung des Regionalmanagements durch den Freistaat Bayern.
- Bestimmung eines einheitlichen Ansprechpartners für EU-Förderprogramme.
- Modellprojekt: Förderprogramm zur Unterstützung der technologischen Ausrichtung n kleinen und mittleren Unternehmen.
- Europaregion Donau-Moldau als Leuchtturmprojekt europäischer Integration.

6.3.4 Infrastruktur

Angestrebte Ziele zur Steigerung der Attraktivität der Region:

- Verbesserung der wirtschaftlichen Situation und Entwicklung der Region.
- Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Straßen- und Schienennetzes, insbesondere Ausbau der Bundesstraßen B 11, 12, 15 neu, 16, 20, 299, 388 und 533. Detaillierte Angaben befinden sich im Anhang der Langfassung.
- Aufstockung der Finanzmittel für Bau und Unterhaltung der Staatsstraßen.
- Verbesserung der Anbindung strukturschwächerer Räume.
- Verbesserung der Verkehrssicherheit der Straßen.

⁷ „Dem Verein [C.A.R.M.E.N.] obliegt die Koordination einer zielgerichteten interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen Staat, Wissenschaft, Landwirtschaft und Wirtschaft. Damit werden ein rascher Fortschritt in Forschung und Entwicklung, ein effizienter Mitteleinsatz und das Erschließen neuer Absatzmärkte für landwirtschaftliche Produkte angestrebt. C.A.R.M.E.N. fördert die Entwicklung von ökologisch und ökonomisch attraktiven und wettbewerbsfähigen Techniken zur Nutzung Nachwachsender Rohstoffe wie beispielsweise Holz, Raps, Hanf oder Sonnenblumen. Dazu bündelt der Verein Initiativen, koordiniert und betreut Projekte, sammelt und wertet Informationen aus, berät Unternehmen und Privatpersonen.“ vgl. <http://www.carmen-ev.de/dt/portrait/content.html>; zuletzt besucht am 28.06.2011

- Verbesserung der Lebens- und Wohnqualität an vorhandenen Straßen.

Forderungen an den Freistaat Bayern:

- Aufstellung eines neuen Gesamtverkehrskonzeptes für Niederbayern:
 - Der Aufgabe als Transitland Niederbayern gerecht werden.
 - Der Aufgabe als Pendlerland Niederbayern gerecht werden.
 - Bewertung der Projekte nach dem Erschließungsprinzip statt nach theoretischem Kosten-Nutzen-Verhältnis.
- Ertüchtigung der überregionalen, regionalen und touristischen Verkehrsachsen.
- Vordringlichste Projekte:
 - Straße: Weiterbau der A 94 als durchgehende Verbindung von München bis zur A 3.
 - Schiene: doppelgleisiger Ausbau Plattling – Landshut, als Teil des „Donau-Isar-Express“ zwischen Passau und München.
 - Wasserstraße: positive Entscheidung zum Donauausbau.
 - Ausbau der Breitbandversorgung.
 - Ausbau der Stromleitungsnetze.

6.4 AK Gesundheit

Ausgangslage

Eine gute medizinische Versorgung gehört zu den Fundamenten einer attraktiven Region. Daher gilt unser Augenmerk der Aufrechterhaltung, dem Aufbau und der Optimierung der Strukturen sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich.

Das Gesundheitswesen ist ein unverzichtbarer Sektor am Arbeitsmarkt, der viele attraktive Arbeitsplätze bietet. Aktuell nimmt der Gesundheitsbereich Platz 2 im Branchenvergleich ein. Allein die Kur- und Heilbäder in Niederbayern mit mehr als 800 Hotels und sonstigen Beherbergungsbetrieben, mit insgesamt 21.000 direkten und indirekten Arbeitsplätzen, generieren ein Umsatzvolumen von rund einer Milliarde Euro.

Der Gesundheitsmarkt bietet in weiten Teilen Niederbayerns auch zukünftig Wachstumschancen!

Durch den Demographischen Wandel entstehen erhebliche Herausforderungen:

- Auch in Niederbayern droht ein deutliches Stadt-Land-Gefälle in der ärztlichen Versorgung.
- Die (vorhandenen und zu schaffenden) Strukturen müssen aufgebaut, gesichert und optimiert werden.

Forderungen an den Freistaat Bayern:

- Absicherung der Grundversorgung durch gesetzlich verankerte Vergütung nach dem „Vorhalteprinzip“ sowohl bei der Notfallversorgung als auch im Rettungswesen.
- Unterstützung bei der Sicherung der flächendeckenden und wohnortnahen hausärztlichen Versorgung.
- Sozialabkommen mit den Nachbarländern Österreich und Tschechien zur grenzenlosen wechselseitigen Nutzung der medizinischen Angebote. Erhöhung der Zahl der Medizinstudienplätze.
- Abschaffung des Numerus clausus.
- Schaffung von frei zu vergebenden Medizinstudienplätzen für heimatverbundene Jugendliche, die sich verpflichten nach Erhalt der Approbation ihre ärztliche Tätigkeit vorrangig als Hausarzt in der Region Niederbayern auszuüben.
- Ausweitung der Facharztweiterbildungsermächtigung in kleineren Kliniken.
- Unterstützung bei der Neuorganisation der ambulanten Notfallversorgung.
- Herabsetzung der Zulassungskriterien für Notärzte.
- Gründung einer Fakultät „Gesundheit, Pflege, Vorsorge“.
- Stärkung der REHA-Maßnahmen im Hinblick auf „ältere Arbeitnehmer“.
- Stärkere Flexibilisierung von Reha- und ambulanten Maßnahmen.
- Bedarfsgerechte Anpassung der Reha- und ambulanten Maßnahmen.
- Gleichstellung der Rehabilitation im Verhältnis zur Akutbehandlung.
- Exklusive Einbindung der Kur- und Heilbäder in ein Präventionsgesetz.

Handlungsansätze für die Akteure vor Ort:

- Noch engere Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung.
- Miteinander statt Gegeneinander zwischen Niedergelassenen und Kliniken und Krankenhäusern.

- Ausweitung der MVZ und der ambulanten Versorgung durch Kliniken und Krankenhäuser nur um jene Fachrichtungen, die die niedergelassenen Ärzte nicht oder nicht mehr abdecken können.
- Verstärkte Einbindung von Niedergelassenen in die stationären Häuser.
- Verbünde und Kooperationen unserer stationären Häuser.
- Weiterbildungsverbund für Allgemeinmediziner
- Die in den anderen Arbeitskreisen bereits erarbeiteten Punkte zur Fachkräftesicherung und -gewinnung (Steigerung der Frauenerwerbsquote, Verbesserung der Kinderbetreuung, Anpassung der Arbeitsbedingungen an ältere Arbeitnehmer, gesteuerte Zuwanderung aus dem Ausland, ...) gelten uneingeschränkt auch für unseren Gesundheitssektor!
- Gründung von Fördervereinen für ärztliche Nachwuchsgewinnung.
- Verankerung der „Gesundheitsregion Niederbayern“.

6.5 AK Tourismus / Natur / Sport

6.5.1 Tourismus in Niederbayern

Ausgangslage

Der Freistaat Bayern ist die größte Urlaubsregion in Deutschland.

Der Regierungsbezirk Niederbayern mit seinen Destinationen Bayerischer Wald und Bayerisches Golf- und Thermenland ist dabei mit 13,2 Millionen Übernachtungen einer der übernachtungsstärksten Bezirke innerhalb Bayerns. Circa 55.000 Personen verdienen ihren Lebensunterhalt in der Tourismusbranche. Der Tourismus als Querschnittsindustrie sorgt insgesamt für eine Bruttowertschöpfung von 2,55 Mrd. Euro für Niederbayern. Damit auch in Zukunft der Tourismus eine der tragenden Säulen der niederbayerischen Wirtschaft bleibt, ist es wichtig, dass sich das touristische Angebot und dessen Vermarktung dynamisch und mit hoher Qualität weiter entwickelt. Dies ist im Wettbewerb mit deutschen, aber auch europäischen Destinationen auf Grund der vorhandenen Struktur von Klein- und Kleinstbetrieben oftmals sehr schwierig und ohne öffentliche Unterstützung nicht umzusetzen.

Es herrscht in vielen Betrieben ein massiver Investitionsstau. Viele Betriebe haben weder eine ausgeprägte Spezialisierung noch eine Klassifizierung. Bei vielen Gastgebern ist der Professionalisierungsgrad sehr gering (reiner Nebenerwerb und damit besteht wenig

Neigung zur Weiterqualifizierung). In vielen Betrieben stellt sich das Problem der Betriebsnachfolge.

Auf vielen Feldern ist eine Qualifikationssteigerung dringend nötig. Dies betrifft Betriebe ebenso wie Tourist-Informationen und Freizeiteinrichtungen. Qualitativ weiter entwickelt werden muss nicht nur die Hardware, sondern auch die Servicequalität, die sprachlichen Fertigkeiten und der Umgang mit modernen Medien und Kommunikationsmitteln. Touristische Bildungsoffensive für touristische Leistungsträger muss fortgesetzt werden. Neben der Qualitätssteigerung und Qualitätssicherung in der Ausstattung ist dringend ein Qualitätsmanagement in der Qualifizierung des Personals erforderlich.

Die Ziele für die Region Bayerischer Wald

- Steigerung der Wertschöpfung aus dem Tourismus und Anerkennung dieser Maßzahl als maßgeblicher Parameter für die touristische Entwicklung. Hierzu sind Mittel für die regelmäßige Durchführung entsprechender Untersuchungen erforderlich.
- Erreichen, Erhalt und Ausbau einer Führungsposition auf den Themenfeldern Wandern, eBike, Familienurlaub, Outdoor, Wellness und Winter (familienfreundliches Alpinangebot und Nordische Top-Region).
- Steigerung der Klassifizierungs- und Spezialisierungsquote der Betriebe.
- Stärkere Bindung aller touristischen Akteure an die Dachmarke. Das Ergebnis soll ein höherer Beteiligungsgrad und damit eine stärkere Bündelung der Mittel sein.
- Steigerung des Anteils ausländischer Gäste auf mittelfristig mindestens 10%.

Die Ziele für das Bayerische Golf- und Thermenland

- Steigerung der Wertschöpfung aus dem Tourismus und Anerkennung dieser Maßzahl als maßgeblicher Parameter für die touristische Entwicklung.
- Erreichen, Erhalt und Ausbau einer führenden Position auf den Themenfeldern Gesundheitsurlaub, Golf, Radfahren und Kultur.
- Die noch geringe Klassifizierungsquote bei allen Beherbergungsarten im Bayerischen Golf- und Thermenland muss dringend gesteigert werden⁸.

⁸ Wie relevant die Klassifizierung gerade in der heutigen Zeit ist, verdeutlicht der DTV (Deutscher Tourismusverband e.V.) auf seiner Internetseite: „Für den Gast sind Sterne als international verständliche Symbole bei der Auswahl seines Ferienquartiers eine zuverlässige Orientierung und ein unverzichtbares Kriterium für die Buchung. Und zwar besonders dann, wenn er im Internet bucht. Für Gastgeber mit privaten Ferienunterkünften sind Sterne eine ideale Möglichkeit, die Qualität ihres Angebots objektiv zu beweisen. Sterne stellen außerdem einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Anbietern dar und liefern ein wirksames Werbeargument“. (vgl. Deutscher Tourismusverband e. V. – www.deutschertourismusverband.de, 24. März

- Stärkere Bindung aller touristischen Akteure an die Dachmarke, besonders auch privater Golfclubs. Ergebnis soll ein höherer Beteiligungsgrad und damit eine stärkere Bündelung der Mittel sein.
- Steigerung des Anteils ausländischer Gäste.

Die Ziele für die Donau-Region

- Stärkung des Rad-, Wander-, Städte- und Schifffahrtstourismus an der niederbayerischen Donau (Ausbau des Donau-Tourismus entlang der transeuropäischen Donauachse).

Forderungen an den Freistaat Bayern

- Unterstützung für den Erhalt der Gemeinschaftsaufgabe Tourismusförderung über das Jahr 2013 hinaus und damit die Möglichkeit, auch künftig sowohl Qualitätsverbesserungen in der Infrastruktur, Marketing- als auch Qualifizierungsmaßnahmen förderfähig zu halten. Insbesondere die Fortführung der EU-Strukturförderung im Tourismus für die Region Ostbayern ist elementar.
- Unterstützung für den Erhalt des gesenkten Mehrwertsteuersatzes für die Hotellerie.
- Unterstützung bei der Ansiedlung strahlkräftiger Investitionsprojekte. Nur durch überregionale Leuchtturmprojekte können die Regionen Bayerischer Wald und Bayerisches Golf- und Thermenland überregionale Bedeutung gewinnen⁹.
- Ein für den Bayerischen Wald wichtiges zentrales Großprojekt ist eine mögliche Ansiedelung von CenterParks in Frauenau. Das Wirtschaftsministerium wird gebeten, wenn die Gespräche soweit gediehen sind, dieses Projekt bestmöglich zu unterstützen.
- Wichtig ist auch die Fortführung des oberösterreichischen Erfolgsprojekts Donausteig und dessen Entwicklung und Vermarktung auf bayerischer Seite.
- Die finanzielle Ausstattung des öffentlichen Tourismus ist an der Ausstattung der direkten Wettbewerber zu orientieren. Im Bundesland Oberösterreich erhält - bei 6,3 Millionen Übernachtungen - der dortige Tourismusverband jährlich 12 Millionen Euro Budget, exklusive zur Verfügung stehender EU-Mittel. Die Mittel des Tourismusverbands Ostbayern umfassen exklusiv EU-Mittel gerade mal 1 Million Euro bei 13,2 Millionen Übernachtungen.

2011). Gleiches gilt natürlich auch für die vom Deutschen Hotel- und Gaststättenverband e. V. (DEHOGA) angebotene Hotelklassifizierung.

⁹ Ein Referenzprojekt ist hier derzeit der Goldsteig Wanderweg.

- Unterstützung bei der Schaffung einer personellen und finanziellen Grundlage zur Stärkung der genannten Themen und Produkte (Produktmanager und Betriebscoaches, „Kümmerer“) auf Ebene des Tourismusverbandes Ostbayern, der Landkreise und Kommunen. Die Erfahrungen zeigen, dass nur durch persönlichen Kontakt zwischen dem innovativen Treiber Tourismusverband und den Betrieben eine dynamische Entwicklung und eine zielführende Einbindung möglich sind.
- Möglichkeit für klassifizierungswillige Betriebe, die Klassifizierung bis zu drei Sterne für Betriebe kostenlos zu gestalten.
- Die Gewährung der Höhe von Förderungen (sowohl für Betriebe als auch für Kommunen) muss daran geknüpft sein, dass fehlende Klassifizierungen/ Zertifizierungen umgehend erworben werden beziehungsweise die Eingliederung in die Vermarktungsstrategie Bayerischer Wald/ Bayerisches Golf- und Thermenland verlangt wird. (Nutzung der Dachmarke, Teilnahme an gemeinsamen Marketingmaßnahmen,...).
- Darüber hinaus dürfen die Kommunen bei der dringend notwendigen Errichtung und Modernisierung zum Beispiel großer Sporteinrichtungen, wie Eissporthallen, Sprungschanzen oder Rennbahnen, von Bund und Land finanzielle Förderung erhalten. Eine Sport-, Wellness- und Gesundheitsregion braucht auch bei der Sportinfrastruktur Aushängeschilder, die sie befähigt, internationale Großveranstaltungen nach den geforderten Standards reibungslos abzuwickeln.
- Nicht zuletzt sollte ein Programm ähnlich wie das Programm „Freizeit und Erholung“ neu aufgelegt und ausreichend dotiert werden. Die Errichtung und Modernisierung von zum Beispiel Badeseen, Langlaufloipen und Wanderwegen kommt nicht nur dem Urlaubsgast zugute, sondern trägt auch maßgeblich zur Steigerung der Lebensqualität der niederbayerischen Bevölkerung und damit zur Verwirklichung des Ziels, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Teilräumen zu schaffen, bei.

6.5.2 Naturschutz

Ausgangslage

Niederbayern verfügt über eine außerordentliche biologische Vielfalt, mehr als 50 000 Pflanzen-, Tier- und Flechtenarten kommen hier vor. Schutzgebiete sind ein unverzichtbarer Baustein für den Erhalt der biologischen Vielfalt. Hier hat die Natur Vorrang vor anderen Ansprüchen. Herausragende Schutzgebiete in Niederbayern sind der Nationalpark Bayerischer Wald (gleichzeitig FFH- und auch Vogelschutzgebiet) und das Europa-Diplom-Gebiet Weltenburger Enge. In Niederbayern gibt es daneben noch zwei Naturparke: Den

Naturpark Bayerischer Wald, der sich über vier niederbayerische Landkreise erstreckt, und den Naturpark Altmühltal, der in einem Teil des nördlichen Landkreises Kelheim liegt.

Das Haus am Strom in Jochenstein ist eine anerkannte Umweltstation des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit und erfüllt wichtige Aufgaben im Rahmen der Umweltbildung. Darüber hinaus ist es eine wichtige Informationsstelle für den Tourismus.

Darüber hinaus gibt es derzeit 63 Naturschutzgebiete mit einer Fläche von rund 7.200 Hektar.

Niederbayern hat weiter Anteil an insgesamt 92 teilweise bezirksübergreifenden Natura 2000-Gebieten mit einer Gesamtfläche von rund 68.000 Hektar, was etwa 6,5 % der Bezirksfläche entspricht.

Insgesamt unterliegen 28 % der Fläche Niederbayerns einem gesetzlichen Schutz. Die Sicherung der biologischen Vielfalt ist daher eine anspruchsvolle und wichtige Aufgabe. Die bayerische Strategie zur biologischen Vielfalt, die 2008 vom Landtag verabschiedet wurde, gibt dabei den Handlungsrahmen vor. Dieser ist aber nicht ausreichend.

Forderungen an den Freistaat Bayern

1. Aus der Sicht des Nationalparks Bayerischer Wald

- 1.1 Aufrechterhaltung der notwendigen Personal- und Finanzausstattung.
- 1.2 Bau einer Waldwerkstatt.
- 1.3 Errichtung von „Tankstellen“ für das Projekt „E-WALD“.
- 1.4 Langfristige Sicherung des Igel-Bus-Systems über 2012 hinaus.

2. Aus der Sicht des Naturparks Bayerischer Wald e.V.

- 2.1 Stärkung der finanziellen Grundförderung.
- 2.2 Erforderliche Planungssicherheit durch ausreichende Personalausstattung.
- 2.3 Anhebung des Mittelkontingents für den Erholungsbereich.
- 2.4 Rückgängigmachung der Reduzierung der Gebietsbetreuerstellen.
- 2.5 Wiedereinführung der Mittelzuteilungsquote für Naturparke.

3. Aus der Sicht der Unteren Naturschutzbehörden

- 3.1 Aufstockung der Fördermittel für die drei wichtigsten Förderprogramme Vertragsnaturschutz, Förderung gemäß Naturpark- und Landschaftspflegeleitlinien und staatliche Maßnahmen des Naturschutzes.

- 3.2 Vereinfachung der Förderprogramme und verlässliche Mittelplanung über mehrere Jahre hinweg.
- 3.3 Beseitigung des zu hohen Antrags- und Kontrollaufwandes.

6.5.3 Sport in Niederbayern

Ausgangslage

In Niederbayern sind 462.000 Menschen (39% der Bevölkerung) in Sportvereinen organisiert. 40.000 Personen engagieren sich ehrenamtlich für die Aufgaben des Sports. Es ist ein flächendeckendes Netz von Sportstätten vorhanden, überwiegend im Eigentum der Vereine, von welchen es auch unterhalten wird. Die Eigenleistung und das Spendenaufkommen bei Investitionen sind enorm.

Handlungsansätze für die Akteure vor Ort

- Die Talentförderung ist stark verbesserungsbedürftig.
- Errichtung von schulsprengelübergreifenden Sportklassen an allen Schultypen.
- Schultypenübergreifender Sportunterricht am Nachmittag.
- An Leistungszentren müssen vom Land finanzierte qualifizierte Trainer arbeiten.
- Die Bedingungen für SportArbeitsGemeinschaften (SAG) und für „Sport nach 1“ (Zusammenarbeit zwischen Schule und Verein) müssen verbessert werden.
- Für das „Passauer Modell“ (gemeinsame Betreuung von Schulkindern verschiedener Schulen ab Schulende bis zum Nachmittag, mit Sportangeboten durch einen Sportverein) sollten weitere Standorte gefunden und gefördert werden.
- Weitere Leistungszentren, wie für Handball in Mainburg u. a., sind für die Talentförderung unerlässlich.
- Erweiterung des Studienangebotes im Fach Sport mit Blick auf Fächerkombinationen und Erweiterung der Qualifikation durch B.A. und M.A. im Fach Sport.

Forderungen an den Freistaat Bayern

- Die Wartezeiten für die Auszahlung von Förderungen an Vereine sind zu lang. Diese belasten sowohl Vereine wie auch die Gemeinden.
- Die Förderbeiträge bis 15.000 Euro sollen auf dem „Verwaltungsweg“ genehmigt und bei Vorliegen der Voraussetzungen sofort ausbezahlt werden.

- Den Vereinen sollte es ermöglicht werden ihre Staatsdarlehen vorzeitig, in Verbindung mit einem entsprechenden Abschlag auf die Restlaufzeit, zurück zu zahlen.
- Die zurückfließenden Beiträge stehen sofort zusätzlich für den Sportstättenbau der Vereine zur Verfügung.
- Kommunale Breitensporteinrichtungen haben derzeit keine Fördermöglichkeit. Dies führt zu veralteten Sportstätten und sogar zu deren Schließung.
- Kunstrasenspielfelder in klimatisch benachteiligten Gebieten erhalten eine erhöhte Förderung.

Sportveranstaltungen

- Die Durchführung nationaler und internationaler Sportwettkämpfe ist für Niederbayern ein großer Gewinn. Solche Großveranstaltungen bedürfen einer ausreichenden öffentlichen Förderung durch den Freistaat Bayern.
- Veranstaltungen, wie der Ski-Weltcup, der Skadi-Loppet, die Deutschen und Europäischen Biathlonmeisterschaften, der Behinderten-Weltcup im Skilanglauf, Judo-Welt- und Europameisterschaften und viel andere nationale und internationale Meisterschaften in vielen Sportarten muss die Finanzierung überwiegend durch örtliches Aufkommen gesichert werden, was in den letzten Jahren immer mehr Probleme machte.
- Ausgesuchte Sportstätten sollten eine besondere Förderung erhalten um „fernsehtauglich“ zu werden, zum Beispiel die Flutlichtanlage für das Dreiflüsse-Stadion in Passau.

Projekte

- Ausbau des Landesleistungszentrum (LLZ) Arber-Arbersee-Rastbüchl zur nationalen und internationalen Wettkampfstätte.
- Staatliche Anerkennung der Angliederung der Skisprunganlage Rastbüchl an das LLZ Arber.
- Generalsanierung der Radrennbahn in Niederpörling.
- Ein Netz von sechs bis acht nordischen Zentren, welche über den gesamten Bayerischen Wald mit Funktionsgebäuden, Wärmestuben, ev. Gastronomie, Duschen und Sanitäranlagen verteilt werden.
- Mindestens eine beschneite Loipe in jedem dieser Zentren.

- Moderne Beförderungsanlagen: Hierbei werden Sessel- und Gondelbahnen bevorzugt.
- Erweiterung und Beschneigung von Pisten.
- Rodelbahnen auch mit abendlicher Nutzung.
- Die Förderquote für Sportanlagen mit zentraler Bedeutung muss mindestens 50% betragen. Besser wären jedoch 60%. (Tschechien hat 85%)
- Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für Pisten- und andere Geländeerweiterungen.
- Schaffung von einheitlichen Liftkartenverbundsystemen.
- Der Ausbau des internationalen Behinderten-Skizentrums in Finsterau.
- Eine Flutlichtanlage im Dreiflüsse-Stadion in Passau als Voraussetzung für Fußballländerspiele.
- Aufbau eines Leistungszentrums für Pferdesport.
- Die Beförderung von Kindern und Jugendlichen zu Sportveranstaltungen ist eine große Belastung für die Vereine. Die Förderung vereinseigener Fahrzeuge, zum Beispiel im E-WALD-Projekt, wäre hilfreich.
- Bei der Ausgestaltung der Donau-Moldau-Region sollte der Sport als wichtige grenzüberschreitende Aufgabe ausformuliert werden.

6.6 AK Jugend, Senioren und Familie

Ausgangslage

Die demographische Entwicklung führt zu weniger Kindern und Jugendlichen und weniger Familien, in denen Eltern zusammen mit Kindern leben, jedoch zu mehr Senioren. So werden in Niederbayern die Kinder und Jugendlichen (unter 19 Jahre) bis zum Jahr 2025 um 20% weniger, die Senioren (über 65 Jahre) werden um 38% zunehmen¹⁰.

Das klassische Familienbild (Vater, Mutter, leibliche Kinder) wird immer seltener. Grundlegende soziale Kompetenzen werden zunehmend durch die Elternhäuser nicht mehr ausreichend vermittelt. Erziehungsdefizite treten verstärkt auf und die Erziehungsverantwortung wird an den Staat abgegeben. Dadurch werden die Kommunen finanziell sehr stark gefordert, manche werden bereits überfordert. Durch den Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen, Schulsozialarbeit und der KoKi-Stellen wurden die richtigen Maßnahmen ergriffen.

¹⁰ Vgl. Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune, <http://www.wegweiser-kommune.de>

Durch die Notwendigkeit, dass die Frauenerwerbsquote erhöht werden muss, werden die Anforderungen an die Träger von Kindertagesstätten und Schulen noch steigen.

Durch die steigende Zahl von Senioren wird es notwendig, dass die Versorgung vor Ort aufrechterhalten bleibt bzw. verbessert wird. Wünschenswert wäre es, wenn mehr Senioren ehrenamtliche Tätigkeiten übernehmen.

Forderungen an den Freistaat Bayern

- Erhöhung der Attraktivität des Sozialen Jahres für junge Erwachsene.
- Ausbau der staatlichen Sozialarbeit an Schulen.
- Unterstützung der Kommunen bei der Jugendhilfe.
- Verstärkte Förderung der Kindertagesstätten.
- Verstärkte Förderung der Senioreneinrichtungen und des Pflegeberufs.
- Förderung des Ehrenamtes.

Forderungen an die Akteure vor Ort

- Weiterentwicklung der Jugendarbeit (mit Anerkennungen und Auszeichnungen).
- Ausbau der Jugendhilfe.
- Förderung des Ehrenamtes.
- Erhalt innerörtlicher Versorgungsmöglichkeiten.
- Ausweitung und qualitative Verbesserung des ÖPNV.
- Installierung von Seniorenbeauftragten.
- Verstärkte Förderung der Senioreneinrichtungen und des Pflegeberufs.
- bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesstätten.
- Ausweitung der Öffnungszeiten der Kindertagesstätten.
- Familienfreundliche Arbeitsplätze.
- Qualifizierung des Personals.

6.7 AK Landwirtschaft, Umwelt und Energie

Ausgangslage:

Niederbayern ist sowohl eine landwirtschaftlich geprägte Region mit hoher Anzahl an landwirtschaftlichen Betrieben mit hoher Ertragsfähigkeit als auch eine forst- und holzwirtschaftliche geprägte Region mit über 50.000 Waldbesitzern, einem Branchenumsatz von ca. 2 Milliarden Euro p.a. und den europaweit höchsten Holzvorräten pro Hektar.

Das Vernetzungsprojekt „Netzwerk Forst und Holz Bayerischer Wald“ gilt bayernweit als Vorbild für eine koordinierende Netzwerkarbeit pro Holz (Regionaler Anker der Clusterinitiative Forst und Holz in Bayern).

Die Landwirtschaft wird durch eine vielfältige Produktpalette geprägt.

Zudem verfügt Niederbayern über eine überdurchschnittlich hohe Sonneneinstrahlung zur Erzeugung von erneuerbaren Energien und über Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen im Bereich Nachwachsender Rohstoffe (z.B. Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe in Straubing).

Forderungen an den Freistaat Bayern

- Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Stärkung der Land- und Forstwirtschaft
 - Lockerungen im Baurecht, Berücksichtigung der Landwirtschaft bei der Bauleitplanung.
 - Spezielle Förderung der Breitbandanbindung von landwirtschaftlichen Betrieben (zur Verbesserung der Produktionsbedingungen, Förderung der Diversifizierung und Direktvermarktung).
- Förderung von Liefervereinbarungen mit Landwirten zur Wärmeversorgung.
- Imagekampagne für die Landwirtschaft, Waldbewirtschaftung und Holzverwendung unter Federführung der Staatsregierung.
- Wertschöpfung in der Region halten und Abhängigkeit verringern.
- Bestehende Förderprogramme stärken (z.B. Dorferneuerung, Flurneuordnung, ILE, Leader).
- Laufende Projekte weiter ausbauen z.B.
 - Nawaro (Nachwachsende Rohstoffe; Leuchtturmprojekt "Straubing - Region der Nachwachsenden Rohstoffe" des Kompetenzzentrums für Nachwachsende Rohstoffe im Rahmen des Klimaprogramms Bayern 2020).

- Insel (**IN**novatives **SK**alierbares **E**nergiekonzept **L**andshut: Kooperationsprojekt der Hochschule Landshut mit der Marktgemeinde Ruhstorf an der Rott in Niederbayern mit namhaften Unternehmen in der Region für den Aufbau eines Technologietransferzentrums).
- E-Wald (Bayerischer Wald als Modellregion für Elektromobilität im Tourismus).
- Bioenergieregion Straubing-Bogen: Ausweitung auf Niederbayern.
- Unterstützung bei der Gründung einer niederbayerischen Energieagentur.
- Errichtung einer Plattform für Existenzgründer.
- Reduzierung des Flächenverbrauchs
 - Ausgleichsmaßnahmen nicht auf landwirtschaftlich hochwertigen Flächen, sondern Ausgleichszahlungen und Optimierung von schützenswerten Flächen.
 - landesplanerische und finanzielle Förderung der Entwicklung und Belebung der Ortskerne statt Neubaugebiete auf der grünen Wiese.
- Unterstützung für ein intelligentes Flächenmanagement.
- Erhaltung und Optimierung der Abfallentsorgung in kommunaler Hand.
- Planungshoheit für die Errichtung von Energieerzeugungsanlagen muss vor Ort bleiben.

Forderungen an die Akteure vor Ort

- Verwendung regionaler Produkte im öffentlichen Bereich (Gestaltung von Ausschreibungen).
- Förderung der Initiierung von Gemeinschaftsprojekten (z.B. gemeinsame Hallen, Silo- oder Tankanlagen).
- Verstärktes Qualifizierungsprogramm im ländlichen Tourismus.
- Wertschöpfung in der Region halten und Abhängigkeit verringern (z.B. Holzbauquote, Kaskadennutzung von Holz).
- Aufbau einer Regionalmarke (z.B. „Bayerwald Premium Holz“).
- Förderung und Steigerung der nachhaltigen Nutzung von Holz für alle Verwendungszwecke, besonders aus nutzungsfernen Klein- und Kleinstwaldflächen.
- Ausbau erneuerbarer Energien in den Bereichen Mobilität, Wärme- und Stromversorgung
 - Förderung der Beschaffung und des Betriebes von Elektro- und Biokraftfahrzeugen sowie die Einrichtung entsprechender Tankstellen.
 - Schaffung von dezentralen, autarken Energieversorgungslösungen mit Speichermöglichkeiten (z.B. Energiespeicher Riedl, Gaskraftwerk Pleinting).
- Reduzierung des Flächenverbrauchs durch Förderung der Entwicklung und Belebung der Ortskerne statt Neubaugebiete auf der grünen Wiese.
- Intelligentes Flächenmanagement.

- Förderung einer nachhaltigen Landnutzung im Bereich Boden und Wasser.
- Zusammenarbeit von Naturschutz, Kommune und Landwirten zur intelligenten Nutzung von Randstreifen.
- Unterstützendes Flächenmanagement bei Standortausweisungen für Windkraft- und Solaranlagen.

6.8 AK Kommunalfinanzen

Ausgangslage

Die Finanzlage sehr vieler Kommunen in Deutschland hat sich in den letzten Jahren erheblich verschlechtert. Die Landesmittel bilden einen wesentlichen Teil der Einnahmen der Kommunen. Ergo hat der Modus der Verteilung der Landesmittel eine hohe Bedeutung für die finanzielle Ausstattung der Kommunen.

Hier ist darauf zu achten, dass für die ländlichen Regionen in Bayern wichtige Maßstäbe ausreichend Berücksichtigung finden.

Im bayerischen Finanzausgleichsgesetz (FAG) gibt es bereits einige geeignete Ansätze, die allerdings weiterentwickelt werden müssen. Im Jahr 2005 wurde ein Demographiefaktor eingeführt, der sich bisher über 5 Jahre erstreckt: Bei Gemeinden, deren durchschnittliche Einwohnerzahl in den letzten fünf Jahren über der Einwohnerzahl am maßgeblichen Stichtag liegt, wird für die Ermittlung des Finanzbedarfs die durchschnittliche Einwohnerzahl der 5 Jahre angesetzt.

Die Einwohnerzahlen und die Einnahmemöglichkeiten der Kommunen werden fiktiv berechnet, mit „veredelten“ Einwohnern und nivellierten Hebesätzen. Daraus ergeben sich Unterschiede zwischen Stadt und Land, da Städten nur ein Teil ihrer tatsächlichen Einnahmen aus eigenen Steuern angerechnet wird und ihre Einwohner höher bewertet werden („Veredelung“).

Erwartungen an den Freistaat Bayern:

- Die Finanzausstattung für Regionen mit besonderen demographischen Problemen soll durch den Freistaat verbessert werden.
- Der Demographiefaktor im Finanzausgleichsgesetz soll fortgeführt und der Zeitraum auf 10 Jahre ausgedehnt werden.
- Staatsregierung und kommunale Spitzenverbände werden aufgefordert, eine gemeinsame Lösung für das Problem der „Einwohnerveredelung“ zu finden.

6.9 AK Regionale Identität und Kultur

Ausgangslage

Regionale Identität ist das Bewusstsein über Gemeinsames in Kultur und Lebensweise in einem überschaubaren Raum.

Zu Kultur und Lebensweise gehören neben Bildender Kunst, Theater und Musik, Sprache, Philosophie und Religion in einem weiten Verständnis auch Nahrung, Kleidung und Architektur, Rituale und Feste, Flur, Landwirtschaft, Gewerbe und Verkehr, Gemeinschaft und Mentalität.

Es gibt viele gute Aspekte in Niederbayern:

- Die Menschen — bodenständig, unaufgeregt, verlässlich, ehrlich, offen, treu, bescheiden, ruhig,
- Die Gemeinschaft — Familie, Gemeinde, Vereine, Kirche, Wirtshaus, Nachbarn, Ehrenamt,
- Das Wohnen — überschaubare Ortschaften, Sicherheit, bezahlbare Preise, schöne Landschaft, Natur, hoher Freizeitwert, Sportstätten, Bäder,
- Die Versorgung — gesundes Essen direkt vom Erzeuger, zugleich das überregionale Angebot wie in großen Städten, das Besondere wie das Selbstverständliche,
- Die Bildung — alle Schularten in erreichbarer Umgebung, Universität und Fachhochschulen, Berufsfachschulen,
- Die Kultur — vom Landestheater Niederbayern bis zu den Europäischen Wochen, vom örtlichen Kino bis zum KULTURmobil,
- Die Tradition — Feste im kirchlichen und weltlichen Jahreskreis,
- Einheit in Vielfalt — gemeinsame Werte in vielfältiger Kulturlandschaft – Bayerischer Wald, Gäuboden, Rottal, Weltenburger Enge,
- Die Lage mitten in Europa — Prag – Wien – München – Regensburg, Europaregion Donau-Moldau, Zuzug und Austausch schon immer.

Aber viel Natur, regionale Lebensmittel, freundliche Menschen, hohe öffentliche Sicherheit und gute Straßen reichen allein nicht aus, um hoch qualifizierte Menschen für die Region zu gewinnen.

Dorferneuerung und Städtebau, Bildung, kulturelles Angebot und regionale Kulturpflege

sowie das Werben um die Besten der nachwachsenden Leistungsträger erfordern weiterhin große Anstrengungen.

Es geht darum, die regionale Identität und Kultur zu stärken, unter besonderer Berücksichtigung des Demographischen Wandels.

Forderungen an den Freistaat Bayern

- Dauerhafte Mitfinanzierung eines Kompetenzzentrums für regionale Identität und Kultur in Niederbayern in kommunaler Trägerschaft mit dem Ziel, die kulturelle Attraktivität Niederbayerns darzustellen, zu vermitteln und zu stärken.
- Unterstützung und Erhaltung bestehender, aber gefährdeter kultureller Einrichtungen als regionale Standortfaktoren: Museen, Bibliotheken, Musikschulen, Kulturzentren, Festspiele.
- Realisierung des Vorhabens „Europäische Kulturregion 2018“ in Niederbayern.

Forderungen an die lokalen Akteure

- Stärkung der vielfältigen Vereinskultur durch Förderung und Qualifizierung von Projekt- und Vereinsarbeit, insbesondere im Bereich der Nachwuchspflege, zur Aufrechterhaltung der sozialen Balance im Hinblick auf das Zusammenleben der Generationen.
- Regionale Bildungsangebote (Schule, Jugendarbeit, Breitensport, Musikschulen, IHK, HWK etc.) werden durch Netzwerkitiativen der Träger im „Bildungsnetzwerk“ erschlossen und verdichtet.
- Kulturell aktive Senioren werden zur Ansiedlung und Mitwirkung angeworben.

7. Ausblick

Diese Studie wurde von den neun Landkreisen und den drei kreisfreien Städten Niederbayerns in Auftrag gegeben. Sowohl die demographischen Analysen als auch die Vorschläge der Arbeitskreise sollen dazu beitragen, unsere Situation und unsere Chancen besser kennen zu lernen und Niederbayern nach vorne zu bringen. Die Auftraggeber danken den mehr als 200 Mitwirkenden, die mit viel Elan, Einsatz und Ideen am Zustandekommen der Ergebnisse beteiligt waren.

Mit der nun vorgelegten Studie ist erst der Anfang gemacht. Es kommt nun darauf an, mit der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen zu beginnen und sie zum Erfolg zu führen. Dafür hoffen wir auf die Mitarbeit aller Beteiligten, und besonders auf die Unterstützung des Freistaates Bayern. Wir werden stetig prüfen, welche Schritte schon gelungen sind und wo noch Handlungsbedarf besteht. Im Verlauf der nächsten Monate und Jahre werden wir beobachten, wie weit wir voran gekommen sind, und über den Stand der Ausführung berichten.

Die Langfassung dieser Studie enthält viele weitere Informationen zur demographischen Situation und zu den Ergebnissen der Arbeitskreise. Sie kann von den Internetseiten der beteiligten Landkreise und kreisfreien Städte heruntergeladen werden.

im Juli 2011

Landkreis Deggendorf
Landrat Christian Bernreiter

Landkreis Dingolfing-Landau
Landrat Heinrich Trapp

Landkreis Freyung-Grafenau
Landrat Ludwig Lankl

Landkreis Kelheim
Landrat Dr. Hubert Faltermeier

Landkreis Landshut
Landrat Josef Eppeneder

Landkreis Passau
Landrat Franz Meyer

Landkreis Regen
Landrat Heinz Wölfl

Landkreis Rottal-Inn
Landrätin Bruni Mayer

Landkreis Straubing-Bogen
Landrat Alfred Reisinger

Stadt Landshut
Oberbürgermeister Hans Rampf

Stadt Passau
Oberbürgermeister Jürgen Dupper

Stadt Straubing
Oberbürgermeister Markus Pannermayr

Liste der Mitwirkenden (in alphabetischer Reihenfolge)

Klaus Achatz	Prof. Dr.-Ing. Martin Faulstich
Rupert Aigner	Heidi Feicht
Albrecht Alram	Josef Fleischmann
Herbert Altmann	Marlies Flieser-Hartl
Maria Amtmann	Prof. Dr. Burkhard Freitag
Peter Andreas	Karl Heinz Friedrich
Alexander Anetsberger	Klaus Froschhammer
Johann Auer	Msgr. Michael Fuchs
Hildegard Bachmaier	Stephanie Fuchs
Franz Baierl	Prälat Dr. Wilhelm Gegenfurtner
Dr. Michael Bär	Werner Geiger
Petra Barnet	Thomas Genosko
Prof. Thomas E. Bauer	Prof. Dr. rer. nat. Helmuth Gesch
Msgr. Dr. Hans Bauernfeind	Marie-Luise Geß
Otto Baumann	Ludwig Götz
Stephanie Berger	Timo Grantz
Nadja Beutlhauser	Josef Grimm
Maria Biermeier	Alfons Groitl
Hans Blastyak	Heinz Grunwald
Bianca Bloechl	Wolfgang M. Hagl OSB
Prof. Dr. Erwin Blum	Wolfgang Hamerlak
Stefan Borrmann	Anton Haslinger
Edith Bottler	Nikolaus Heckl
Dr. Michael Braun	Walter Heidl
Barbara Breese	Ralph Heinrich
Alois Brundobler	Ursula Heldenberger
Erich Brunner	Dr. Winfried Helm
Eva Brunner	Günther Hepner
Andreas Buettner	Waldemar Herfellner
Klaus Busch	Franz Herrmann
Birgit von Byern	Dr. Friedrich Heyder
Dr. Josef Dachs	Frau Hinterberger
Herbert Denk	Toni Hinterdobler
Siegfried Depold	Inge Hitzenberger
Johannes Doll	Simone Hödl
Heinz Donaubauer	Siegfried Hoefert
Dr. Maria Dorn	Klaus Hofmann
Heinz Dorschner	Prof. Dr. Reinhard Höpfl
Klaus Drauschke	Josef Kaiser
Jürgen Dupper	Ernst Kandlbinder
Werner Eberl	Walter Keilbart
Alex Eder	Werner Kempinger
Inge Edmeier	Johann Kerscher
Udo Egleder	Dr. Bernhard Klinger
Josef Ehrl	Prof. Dr. Joachim Knappe
Veronika Emmer	Gottfried Kobluk
Christine Erbinger	Dr. Thomas Koch
Maximilian Ertl	Wolfgang Köcher

Markus König
Walter Kotschenreuther
Dr. Dorith-Maria Krenn
Günther Kröll
Robert Kubitschek
Prof. Dr. Horst Kunhardt
Helga Kurz
Katja Kurzke
Werner Lang
Ilka Langhammer-Rückl
Dipl.-Ing. agr. Graf Philipp von und
zu Lerchenfeld, MdL
Michael Lindgens
Monika Linseisen
Josef Loher
Wolfgang Maier
Alexandra Mandl
Karl Matschiner
Barbara Mayrhofer
Prof. Dr. Klaus Menrad
Josef Mitterreiter
Markus Mühlbauer
Dr. med. Helmut Müller
Helmut Müller
Jutta Müller
Josef Neumeier
Werner Neupert
Dr. Martin Ortmeier
Dr. des. Philipp Ortmeier
Laura Osterholzer
Klaus Pauli
Sarah Payer
Gilbert Peiker
Dr. Eberhard Pex
Otto Pilz
Reinhard Piper
Hans Plötz
Roland Pongratz M.A.
Alexander von Poschinger
Franz Prebeck
Roman Preis
Dr. med. Stefan Putz
Dr. med. Gerald Quitterer
Silke Raml
Ludwig Rechenmacher
Dagmar Reich
Heidi Reichl
Josef Reidl
Georg Riedl
Dr. Robert Riefenstahl

Josef Roth
Josef Schätz
Walerich Schätz
Hans-Dieter Schenk
Gabi Schmid
Reinhard Schmidbauer
Emil Schneider
Hans Schober
Michaela Schütz
Alexander Schulze
Anja Schuster
Wilhelm Schwankl
Prof. Dr. Walter Schweitzer
Karin Sedlmaier
Dr. Maximilian Seefelder M.A.
Josef Seibl
Dr. Robert Seitz
Peter Sonnleitner
Max Spanner
Prof. Dr. Peter Sperber
Roland Spiller
Dr. Klaus Stein
Eberhard Sterzer
Prof. Dr. Karl Stoffel
Dr. Rosa Strohmeier
Kurt Stümpfl
Heidi Taubeneder
Stefan Tilch
Herbert Unnasch
Edwin Urmann
Anne Waechter
Michael Wagner
Susanne Wagner
Prof. Dr. Gerhard Waschler
Dr. Jürgen Weber
Manfred Weindl
Monika Weindl
Dr. Hans-Martin Weiss
Thomas Werrlein
Christina Wibmer
Siegfried Wilhelm
Andreas Wimbauer
Johann Winklmaier
Dr. Detmar Witt
Dr. Inge Wolff
Hans Wühr
Robert Wufka
Richard Zacherl
Lothar Zimmermann

Anschriften der Autoren:

Prof. Dr. Herwig Birg,
Braschzeile 20, 14109 Berlin
herwig.birg@uni-bielefeld.de

Reinhard Loos,
c/o Deenst GmbH, Ernst-Rein-Straße 40, 33613 Bielefeld,
loos@deenst.com

Hannah Amsbeck,
c/o Deenst GmbH, Ernst-Rein-Straße 40, 33613 Bielefeld,
amsbeck@deenst.com